

SACHBERICHT 2015

zum Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft

Teilbericht: Projekte inklusive Sofortmaßnahme Geflüchtete

Inhalt

1	Rahmenbedingungen des Programms.....	2
1.1	Umfang.....	2
1.2	Veränderungen im Programmjahr 2015	5
1.3	Fortbildungs- und Projektmittel	6
2	Umsetzung des Programms	7
2.1	Schwerpunktsetzungen im Überblick.....	7
2.2	Jugendsozialarbeit an Grundschulen	11
2.3	Jugendsozialarbeit an Integrierten Sekundarschulen.....	15
2.4	Jugendsozialarbeit an Förderzentren	18
2.5	Jugendsozialarbeit an Gymnasien	20
2.6	Jugendsozialarbeit an Beruflichen Schulen	22
2.7	Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben	25
2.8	Zusammenfassung und Ausblick.....	29
3	Programminterne Fortbildung.....	30
4	Sofortmaßnahme Geflüchtete	32
4.1	Ziel und Umfang.....	32
4.2	Finanzierung.....	32
4.3	Verteilung und Verortung.....	33
4.4	Umsetzung und Ergebnisse	34
4.5	Erfahrungen und Herausforderungen	37

Im Folgenden werden die Rahmenbedingungen und Ergebnisse im Jahr 2015 aller am Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ beteiligten Schulen und Träger vorgestellt.

1 Rahmenbedingungen des Programms

Um (benachteiligten) Schülerinnen und Schülern gelingende Bildungsbiographien zu ermöglichen, müssen Schule und Jugendhilfe ein erweitertes und gemeinsames Bildungsverständnis entwickeln. Das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ trägt seit dem Jahr 2006 mit seinen vielfältigen Angeboten dazu bei, die Chancen aller Kinder und Jugendlichen auf Bildung sowie auf ein selbstbestimmtes Aufwachsen in ihrem sozialen Umfeld zu erhöhen.

Die im Programm beteiligten Schulen arbeiten mit Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe zusammen. Grundlage dafür bilden der Kooperationsvertrag sowie die jährliche gemeinsame Fortschreibung der Entwicklungsziele. Angestellt beim Träger wird ein/e Sozialpädagoge/in an der Schule fest eingebunden und ist als verlässliche Ansprechperson für die Schüler/innen, die Erziehungsberechtigten und das Kollegium vor Ort.

Die Finanzierung erfolgte im Jahr 2015 aus Mitteln des Bildungsetats der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. Finanziert wurden die Personalkosten für die Sozialpädagogen/innen an den einzelnen Schulen (bis maximal Entgeltgruppe E9 TV Land Berlin) im Rahmen des bewilligten Stellenumfangs inklusive der Umlagen U1 (Mutterschutz), U2 (Krankheit) und IG (Insolvenzgeld) sowie die Berufsgenossenschaftsbeiträge für die im Programm Beschäftigten. Den Antragstellern standen zudem anteilige projektbezogene Personal- und Sachkosten (Regiekosten) in Höhe von 2.250 € bei einer Vollzeitstelle bzw. 1.125 € bei einem Stellenanteil von bis zu 0,5 zu (bei Stellenanteilen über 0,5 wurde der volle Betrag zugewiesen). Fortbildungs- und Projektmittel wurden bis zu einer Höhe von 1.800 € pro Standort gezahlt.

Die Programmagentur der Stiftung SPI setzt seit dem Jahr 2006 im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (SenBJW) die Aufgaben der Koordination und Abwicklung des Programms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ um.

1.1 Umfang

Im Jahr 2015 wurde das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ an insgesamt 246 Schulen umgesetzt. Die Verteilung der 245,5 Stellen ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Schulart	Schulen	Träger	Stellen
Grundschulen	122 ¹	54	122
Integrierte Sekundarschulen	59	34	59
Förderzentren	37 ²	20	28
Berufliche Schulen	19	5	16
Gymnasien	9	4	9
Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben	-	8	11,5
Gesamt	246	76³	245,5⁴

Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ 2015

¹ Fünf Stellen der Jugendsozialarbeit für Grundschulen sind an Gemeinschaftsschulen verortet (07K12, 08K01, 08K02, 08K13, 12K12). Schüler/innen der Grundstufe bilden die Zielgruppe.

² Die Projekte der Jugendsozialarbeit für Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind an 31 Förderzentren und einem Beratungs- und Unterstützungszentrum verortet. 3,5 Stellenanteile sind im Rahmen der Inklusionsprozesse an zwei Grundschulen und drei Integrierte Sekundarschulen vergeben worden. Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf bleiben Hauptzielgruppe dieser Stellen.

³ Insgesamt setzen 76 freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe das Programm um.

⁴ An zwei Schulen werden zur Umsetzung des Programms Dienstkräfte des Landes Berlin (mit zwei Vollzeitstellen) eingesetzt: an einer Grundschule und an einem Gymnasium.

Die Verteilung der insgesamt 245,5 Stellen im Programm auf die Schularten und Bezirke ist nachfolgend für das Jahr 2015 tabellarisch zusammengefasst.

Bezirk	GS	KS	FZ	Y	BS	Z ⁵	Schulen	Träger	Stellen
Mitte	21	7	2	3		1	33	17	34,0
Friedrichshain-Kreuzberg	17	6	2	2		1	27	10	27,5
Pankow	3	4	3			1	10	4	10,0
Charlottenburg-Wilmersdorf	3	3	3				9	7	9,1
Spandau	8	4	3			1	15	8	15,0
Steglitz-Zehlendorf	3	2	4 + 1 ⁶				9 + 1	7	8,0
Tempelhof-Schöneberg	8	8	1			2	17	9	18,75
Neukölln	25	7	6	2		2	40	18	40,65
Treptow-Köpenick	4	3	1				8	6	8,0
Marzahn-Hellersdorf	14	3	3				20	9	19,5
Lichtenberg	8	3	3			3,5	14	12	17,5
Reinickendorf	8	9	5	2			24	11	21,5
bezirksübergreifend					19		19	5	16,0
Gesamt	122	59	37	9	19	11,5	246	76⁷	245,5

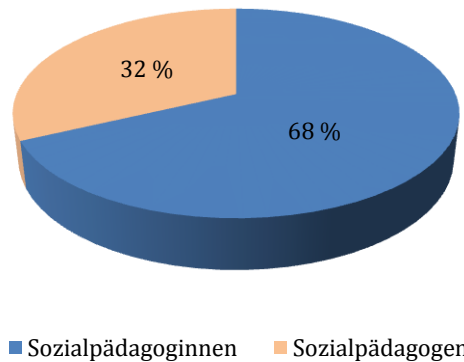
Verteilung der Schulen und Stellen nach Bezirken im Programmjahr 2015

⁵ Die Sozialpädagogen/innen der Zusatzprojekte (Z) übernehmen folgende besondere Aufgaben der Jugendsozialarbeit: Integration neu zugewanderter Schüler/innen ohne Deutschkenntnisse oder Unterstützung der Bereiche Schulverweigerung und Berufsorientierung.

⁶ In Steglitz-Zehlendorf sind die Projekte der Jugendsozialarbeit für Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an vier Förderzentren und einem Beratungs- und Unterstützungszentrum verortet.

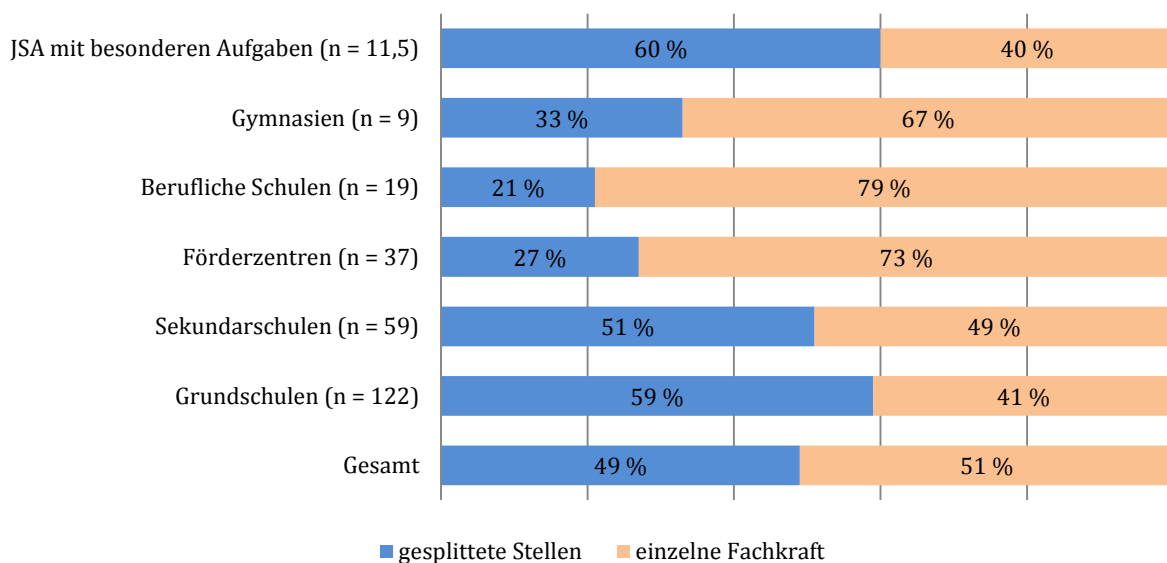
⁷ Insgesamt setzen 76 freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe das Programm um.

Im Jahr 2015 waren im Programm 383 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an den 246 Berliner Schulen und in den zwölf Zusatzprojekten für Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben tätig. Davon waren gut zwei Drittel weiblich und knapp ein Drittel männlich (siehe nachfolgende Abbildung). Der Anteil an männlichen Fachkräften war an den beteiligten Schularten relativ gleich verteilt; an den Integrierten Sekundarschulen 33 %, an den Förderzentren 30 %, an den Gymnasien 33 %, an den Beruflichen Schulen 30 % und an den Grundschulen 32 %. Lediglich bei den Projekten der Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben lag er mit 42 % etwas höher.



Fachkräfte im Programmjahr 2015 nach Geschlecht (n = 383)

Insgesamt ist an knapp der Hälfte (49 %) aller Projektstandorte ein mindestens zweiköpfiges Team im Rahmen des Programms tätig. Die meisten Stellensplittungen, also Teams von mindestens zwei Sozialpädagogen/innen, gibt es bei den Stellen der Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben (gesplittete Stellen an 6 von 12 Projekten; 60 %), an den Grundschulen (gesplittete Stellen an 72 von 122 Schulen; 59 %) und an den Integrierten Sekundarschulen (gesplittete Stellen an 30 von 59 Schulen; 51 %). Eine Besetzung der (anteiligen) Stellen im Programm mit nur einer Person überwiegt an den Förderzentren (gesplittete Stellen an 10 von 37 Schulen; 27 %), den Gymnasien (gesplittete Stellen an 3 von 9 Schulen; 33 %) und an den Beruflichen Schulen (gesplittete Stellen an nur 4 von 19 Schulen; 21 %).



Stellensplittungen im Programmjahr 2015

1.2 Veränderungen im Programmjahr 2015

Die projektbezogenen Veränderungen im Programmjahr 2015 sind nachfolgend bezirkswise dargestellt.

Im Bezirk *Pankow* werden die Veränderungen von Förderzentren zum Schuljahr 2015/16 auch im Landesprogramm berücksichtigt: Die Schule am Senefelder Platz (03G15) ist eine „kooperative Grundschule“ geworden, die Jugendsozialarbeit wird inhaltlich unverändert fortgesetzt. Zielgruppe bleiben die Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

In *Tempelhof-Schöneberg* wurde die Georg-von-Giesche-Schule (ISS) (07K06) zum 01.08.2015 neu ins Programm aufgenommen und kooperiert mit dem Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. (K063). Diese Stelle stammt ursprünglich von der 1. Gemeinschaftsschule Schöneberg, die aufgrund besonderen Bedarfs ausnahmsweise über zwei Stellen für die Sekundarstufen verfügte. Die Veränderungen wurden vom Bezirk gemeinsam entschieden.

Im Bezirk *Neukölln* entstand die Gemeinschaftsschule Campus Efeuweg (08K13), die aus der Fusion zweier programmeteiligter Schulen hervorging (Walt-Disney-Schule und Liebig-Schule). Damit werden die zwei Stellen des Trägers an einer Schule weitergeführt: im Projekt G051 für die Grundstufen und im Projekt K036 für die Sekundarstufen. Die programmeteiligte Martin-Lichtenstein-Schule ist mit einer Integrierten Sekundarschule zur Hermann-von-Helmholtz-Schule (08K02) zusammengewachsen. Der Träger ist dort für die Grundstufen zuständig (G048).

In *Marzahn-Hellersdorf* wurde zum 01.08.2015 eine neue Schule ins Programm aufgenommen, die Bücherwurm-Grundschule (10G19). Außerdem gibt es im Bezirk zwei programmeteiligte Förderzentren in dieser Form nicht mehr. Bei der Schule am grünen Stadtrand (10G34) handelt es sich mittlerweile um eine Grundschule mit Förderklassen und die Marcana-Schule (10K11) ist eine Gemeinschaftsschule geworden.

Zwei Änderungen ergaben sich im Bezirk *Lichtenberg*: Die Jugendsozialarbeit des bisherigen Förderzentrums Paul-und-Charlotte-Kniese-Schule wird an der gleichnamigen Gemeinschaftsschule an den Sekundarstufen fortgeführt (11K12). Ab dem 01.08.2015 erhielt der Bezirk zudem eine weitere 0,5 Stelle zur Unterstützung von Schülern/innen ohne Deutschkenntnisse. Hintergrund bildet die Schwierigkeit in Lichtenberg, geflüchtete Kinder inklusiv zu beschulen, denn die Schulen sind räumlich derart ausgelastet, dass teilweise eine externe Beschulung erfolgt. Der Träger Kietz für Kids Freizeitsport e. V. wurde in diesem Zusammenhang neu ins Programm aufgenommen und vom Bezirk mit dieser Aufgabe betraut.

An den *zentralverwalteten und beruflichen Schulen* schließlich gab es ebenfalls eine Zusammenlegung. Das programmeteiligte Oberstufenzentrum Bürowirtschaft II fusionierte mit dem OSZ Wirtschaftssprachen. An der neuen Friedrich-List-Schule (11B04) wird die Jugendsozialarbeit unverändert fortgesetzt.

Veränderungen dieser Art wurden von der Programmagentur intensiv begleitet und ggf. beraten. So erhielten neue Träger und Schulen im Programm eine persönliche Einführung in die Programmstandards und Verfahrensweisen der Beantragung und Berichterstattung. Zugleich werden Projekte, die beendet wurden, oder wo ein Trägerwechsel stattfand, im Rahmen einer Vor-Ort-Prüfung abschließend geprüft.

Neu gestaltet im Jahr 2015 wurden die Vorgaben für das *Antragsverfahren* und die *Berichterstattung* im Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“. Die meisten Veränderungen, die in einer AG „Verfahrensvereinfachung“ von Programmteiligen, der Programmagentur und der Programmgeberin erarbeitet wurden, greifen erst ab 2016 mit einer Ausnahme: Der Sachbericht zum Schuljahresende musste bereits ab 2015 nicht mehr von den Projekten eingereicht werden. Die Berichterstattung über die geleistete Arbeit erfolgte nun in Form eines Jahresberichts. Unabhängig davon bestand für die Träger jedoch die Möglichkeit, ihre Ausgaben des ersten Halbjahres bereits im Sommer in der Datenbank zu erfassen und der Programmagentur zur Prüfung vorzulegen.

1.3 Fortbildungs- und Projektmittel

Jedem Projektstandort standen 1.800 Euro für Fortbildungs- und Projektmittel zur Verfügung. Die Sozialpädagogen/innen konnten dafür einen Teil für eigene Fortbildung und Supervision nutzen. Ab 2015 gab es dafür eine vertraglich geregelte Obergrenze von 600 Euro (in Ausnahmefällen 720 Euro). In den Abrechnungen der Träger wurde deutlich, dass eine Vielzahl an Projekten aufgrund des festgesetzten Maximalbetrags nicht mehr ihre gesamten Supervisionskosten für die Mitarbeiter/innen der Projekte in Abrechnung bringen konnten. Teilweise kam es dadurch zu einer Unterschreitung der möglichen 1.800 Euro für Fortbildungs- und Projektmittel, da aufgrund der festgesetzten Grenze nicht alle eingereichten Belege anerkannt wurden. Für das Jahr 2015 wurden folgende Fortbildungen in den Projektberichten und Abrechnungen benannt, die von den Sozialpädagogen/innen oder im Tandem oder Tridem besucht wurden.

Fortbildungskosten für u. a. folgenden Themen:

- Psychische Erkrankungen (Kinder, Jugendliche, Eltern)
- Kinderschutz
- Flucht, Asyl, Traumata
- Salafismus, radikaler Islamismus
- „Stärke statt Macht“ – Das Konzept der Neuen Autorität in Schule
- Konfrontative Pädagogik (gemeinsam im Tridem)
- Professionelles Handeln in Gewaltsituationen (PART Professional Assault Response Training) mit anschließenden Studientagen für Erzieher/innen und Lehrkräfte

Fortbildungskosten im Jahr 2015

Die Projektmittel sollen für die sozialpädagogische Arbeit mit den Schülern/innen genutzt werden; zur Ausstattung der AG-Arbeit, für Ausflüge, Materialien, Eintrittsgelder usw. In der Tat wurden die Mittel von den Sozialpädagogen/innen ganz vielfältig verausgabt. Häufiger wurden die Gelder im letzten Jahr auch zur Begleitung von Klassenfahrten durch die sozialpädagogische Fachkraft genutzt. Diese Begleitungen wurden durch die Schulleitungen begründet und befürwortet. Weitere regelmäßige Ausgaben sind nachfolgend zusammengefasst.

Projektkosten

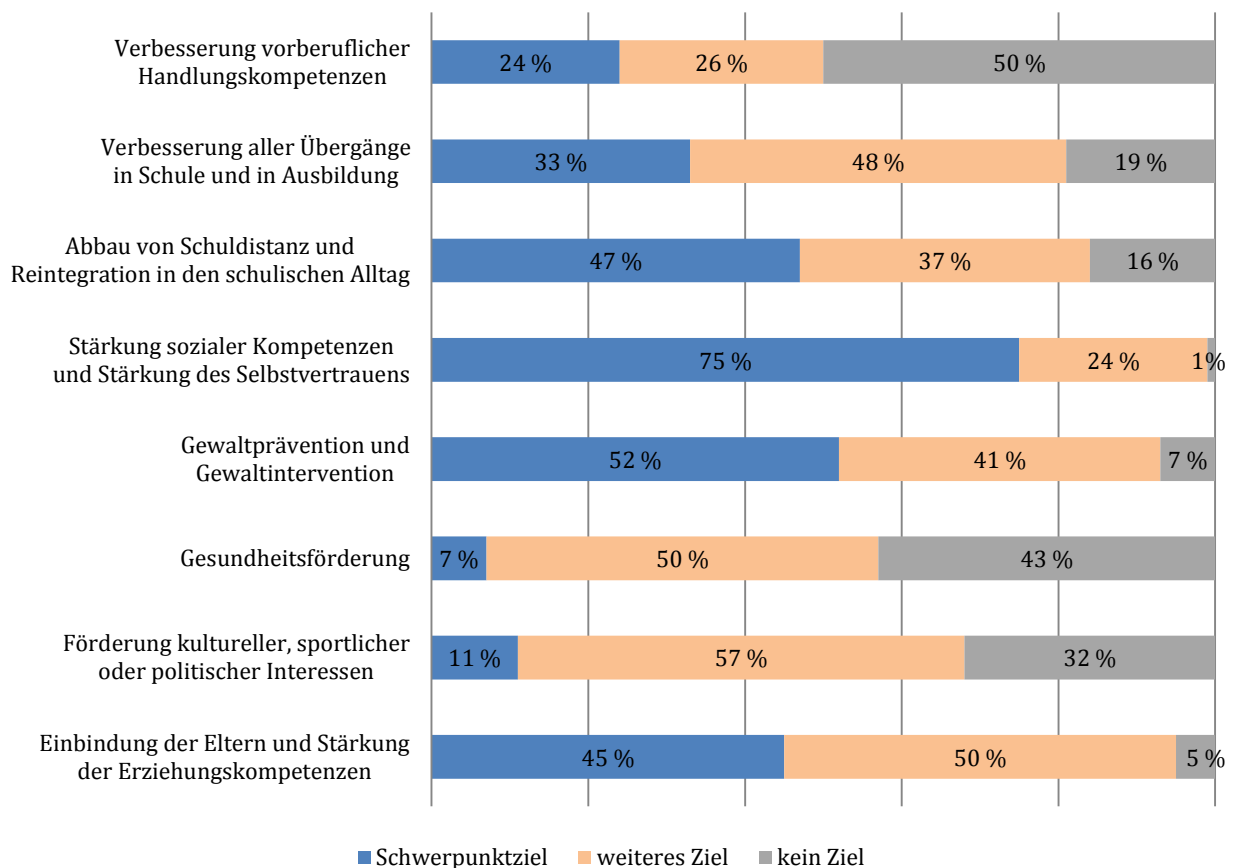
- Eintrittsgelder für Museumsbesuche, Ausstellungen, Messen, Theater- und Kinovorstellungen oder erlebnispädagogische Angebote wie z. B. Klettern, Tanzen, Schlittschuhfahren, Drachenbootfahren, Floßbau
- Lern-, Bastel-, Spiel- und Sportmaterialien sowie Lebensmittel für Gruppenangebote wie Kochen, Holzwerkstatt, Handarbeit, Graffiti, Schwarzlichttheater, Schülerband, Schulradio, Theaterprojekte, Fußball, Basketball, Yoga für Kinder, Aktive Pause, Schulgarten usw.
- Fahrt- und Übernachtungskosten für die Begleitung der Konfliktlotsen oder Schülervertretungen zu Seminarfahrten außerhalb Berlins, Ferienfahrten und Ausflüge mit Schülergruppen
- Honorare für Dolmetscherdienste, für Experten/innen (z. B. für einen Elternabend zum Thema Cyber-Mobbing), für Künstler/innen im Rahmen von selbst organisierten Veranstaltungen, für Trainer/innen (Soziales Kompetenztraining) zur Ergänzung der eigenen Angebote, Kosten für Projekte, die durch Externe angeboten werden (Bewerbungstrainings, Team Building, Sexuelle Vielfalt, Neue Medien usw.)
- Sonstige Kosten: T-Shirts oder Warnwesten für die Konfliktlotsen, Aufsteller für Info-Materialien, Sofa für die Beratungsecke, Papier und Druckkosten u. ä. für die Erstellung von Bewerbungsunterlagen, Team-Kran, Gefühlsmonster-Karten, Preise und Gutscheine, Kaffee und Tee für das Elterncafé
- Bücher: Fachliteratur (Neue Medien, Kinderschutz, Asyl usw.) und Bücher für die Kinder und Jugendlichen (zu Themen wie Freundschaft, Trauer, Liebe, Sexualität, Religion, Pubertät usw.)

Projektkosten im Jahr 2015

2 Umsetzung des Programms

2.1 Schwerpunktsetzungen im Überblick

Die Umsetzung der übergreifenden Ziele im Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ wird in der Datenbank im Rahmen der jährlichen Antragstellung abgefragt. Die Träger können für ihre Arbeit an der jeweiligen Schule bzw. im jeweiligen Projekt definieren, welche Ziele mit welchen Angeboten verfolgt werden sollen. Dabei wird zwischen „Schwerpunktziel“, „weiteres Ziel“ und „kein Ziel“ unterschieden. In der nachfolgenden Grafik werden die Programmziele und die jeweilige Schwerpunktsetzung anhand der jeweiligen Unterstützungsangebote der Jugendsozialarbeit, die sich direkt an die Schüler/innen bzw. deren Eltern richten, für das Jahr 2015 illustriert.



Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler im Förderjahr 2015 (n = 255, Stand Mai 2015)

Deutlich wird anhand der Grafik (siehe vorherige Seite), dass die Themen „soziale Kompetenzen“ und „Elternarbeit“ im Jahr 2015 an nahezu allen Schulen im Programm bearbeitet wurden, sei es als Schwerpunktziel oder als weiteres Ziel. Wenn man die schulartspezifische Auswertung hinzuzieht (siehe nachfolgende Tabelle), ist erkennbar, dass an allen Beruflichen Schulen, Förderzentren, Grundschulen, Gymnasien und Integrierten Sekundarschulen im Programm der Arbeitsschwerpunkt „Stärkung sozialer Kompetenzen und Stärkung des Selbstvertrauens“ eine Zielsetzung für das Jahr 2015 darstellte. „Die Einbindung der Eltern und die Stärkung der Erziehungskompetenzen“ wurde als Zielsetzung an allen Schularten verfolgt, an Grundschulen, Integrierten Sekundarschulen, Gymnasien und den Projekten mit besonderen Aufgaben sogar zu fast 100 %.

An beinahe allen Schulen im Programm wurde „Gewaltprävention und Gewaltintervention“ als Zielsetzung formuliert und dies an Gymnasien und an Grundschulen zu fast 100 %, an Integrierten Sekundarschulen und Förderzentren zu knapp 90 %.

Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler	Berufliche Schulen (n = 19)		Förderzentren (n = 37)		Grundschulen (n = 121)		Gymnasien (n = 9)		Integrierte Sekundarschulen (n = 58)		Besondere Aufgaben (n = 11)	
	Ziel ⁸	kein Ziel	Ziel	kein Ziel	Ziel	kein Ziel	Ziel	kein Ziel	Ziel	kein Ziel	Ziel	kein Ziel
Verbesserung der vorberuflichen Handlungskompetenzen	95	5	97	3	10	90	67	33	92	8	27	73
Verbesserung aller Übergänge in Schule und in Ausbildung	90	10	95	5	71	29	78	22	93	7	63	37
Abbau von Schuldistanz und Reintegration in den schulischen Alltag	100	0	81	19	75	25	78	22	100	0	91	9
Stärkung sozialer Kompetenzen und Stärkung des Selbstvertrauens	100	0	100	0	100	0	100	0	100	0	91	9
Gewaltprävention und Gewaltintervention	79	21	86	14	99	1	98	2	89	11	36	64
Gesundheitsförderung	47	53	57	43	58	42	55	45	59	41	73	27
Förderung kultureller, sportlicher oder politischer Interessen	39	61	59	41	75	25	67	33	71	29	64	36
Einbindung der Eltern und Stärkung der Erziehungskompetenzen	74	26	90	10	99	1	100	0	98	2	100	0

Schulartspezifische Arbeitsschwerpunkte im Förderjahr 2015 (Angaben in Prozent; n = 255, Stand Mai 2015)

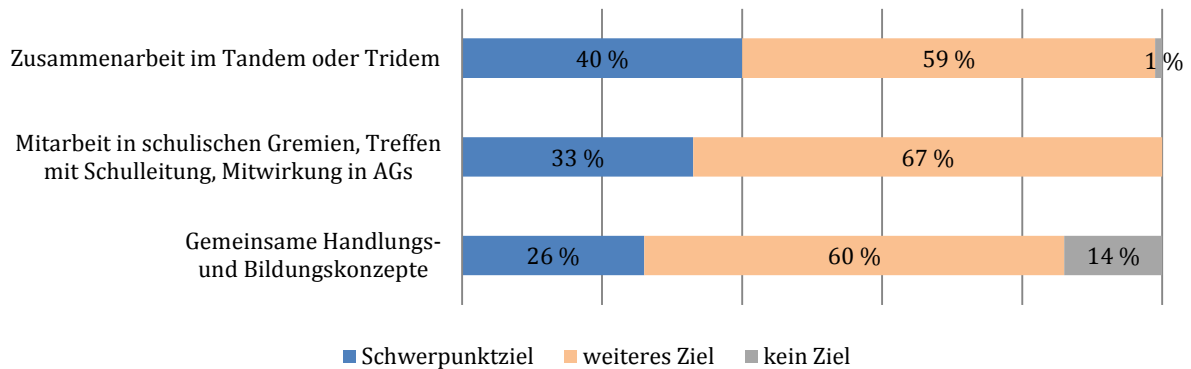
„Schuldistanz“ wurde als Arbeitsschwerpunkt im Jahr 2015 an 84 % der Schulen benannt. Hier finden sich in der Umsetzung schulartspezifische Unterschiede. Während an allen beruflichen Schulen und Integrierten Sekundarschulen im Programm der „Abbau von Schuldistanz und Reintegration in den schulischen Alltag“ als Zielstellung gesetzt wurde, war dies an den Grundschulen nur zu 75 % und an Gymnasien nur zu 78 % der Fall.

Auch bei den Themen Unterstützung am Übergang und berufliche Orientierung, die an der Hälfte aller Schulen im Programm einen Arbeitsschwerpunkt darstellten, finden sich schulartspezifische Unterschiede. Die „Verbesserung aller Übergänge in Schule und in Ausbildung“ wurde zu über 90 % an Förderzentren, Integrierten Sekundarschulen und Beruflichen Schulen verfolgt, an den anderen Schularten weit weniger häufig. Ähnlich verhält es sich beim Programmschwerpunkt „Verbesserung der vorberuflichen Handlungskompetenzen“, der an 97 % der Förderzentren und an 95 % der Beruflichen Schulen sowie 92 % der Integrierten Sekundarschulen eine Rolle spielte, aber nur an 10 % der beteiligten Grundschulen.

Die Bereiche Gesundheit sowie Kultur und Sport bewegten sich als Zielstellung an über 60 % der Schulen eher im Mittelfeld. Dies zeigt sich auch in der schulartbezogenen Auswertung.

⁸ Schwerpunktziel und weiteres Ziel sind aus Darstellungsgründen zu „Ziel“ zusammengefasst.

Zusätzlich zu den Unterstützungsangeboten, die sich direkt an die Schüler/innen und deren Eltern richteten, zielte das Programm zudem auf die Vertiefung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule sowie auf den Auf- und Ausbau von Unterstützungsstrukturen. Diese Arbeitsfelder wurden unter den Stichworten interne und externe Vernetzung ebenfalls im Rahmen der Antragstellung erhoben. Für das Jahr 2015 zeigt sich folgende Schwerpunktsetzung.



Aufgabenbereich „Interne Vernetzung“ im Förderjahr 2015 (n = 255, Stand Mai 2015)

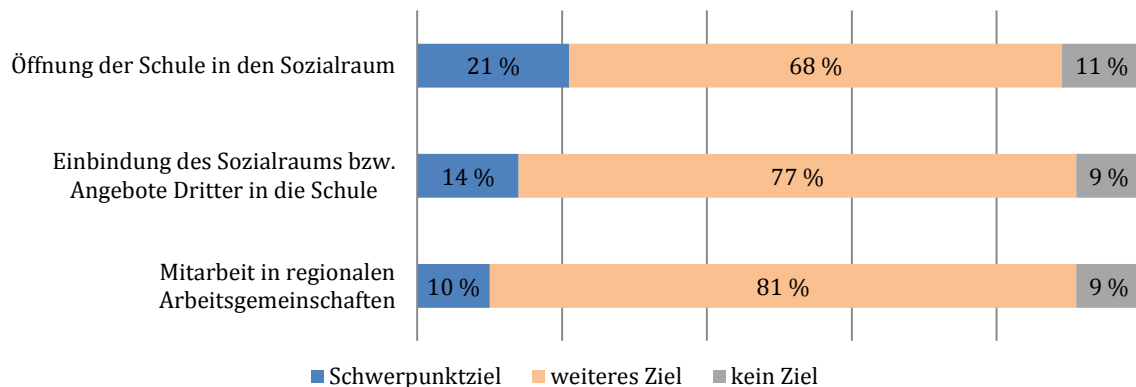
Bei der internen Vernetzung wurden die Träger befragt, inwiefern die „Zusammenarbeit im Tandem oder Tridem“, die „Mitarbeit in schulischen Gremien, Treffen mit Schulleitung, Mitwirkung in AGs“ oder aber „Gemeinsame Handlungs- und Bildungskonzepte“ eine Rolle spielen. Deutlich wird, dass die Projekte im Jahr 2015 in die schulischen Gremien eingebunden waren und an nahezu allen Schulen die Zusammenarbeit zwischen den pädagogischen Professionen (Sozialpädagogik, Lehramt, Erzieher/innen und ggf. Sonderpädagogik) einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt darstellte. Zudem wurden an 86 % der Projektstandorte gemeinsame Handlungs- und Bildungskonzepte erarbeitet. Dabei ging es um die Aufnahme von Angeboten der Jugendsozialarbeit ins Schulprogramm, wie Soziales Lernen, Klassenrat, Buddy-Projekte oder Konfliktlotsen; um die Entwicklung gemeinsamer Handlungsleitfäden oder Maßnahmpläne, z. B. bei Kindeswohlgefährdung oder Schuldistanz, sowie um die Ausgestaltung gemeinsamer Konzepte, beispielsweise zur Elternbildung, zur Gestaltung des Übergangs von der Kita in die Grundschule oder für die „Willkommensklassen“.

Wie die Sozialpädagogen/innen die drei Aufgabenbereiche der „Internen Vernetzung“ konkret umsetzten, ist anhand einiger klassischer Beispiele in folgender Tabelle beschrieben.

Zusammenarbeit im Tandem/Tridem:
<ul style="list-style-type: none"> - regelmäßige Treffen - Einzelfallberatung - gemeinsame Konzeptentwicklung mit Schulleitung, Abteilungsleitungen (an OSZ), Jahrgangsteams, Lehrkräften, Erziehern/innen, Sonderpädagogen/innen usw. - gemeinsame Teilnahme an Fortbildungen und gemeinsame Supervision
Mitarbeit in schulischen Gremien, Treffen mit Schulleitung, Mitwirkung in AGs
<ul style="list-style-type: none"> - regelmäßige Treffen mit der Schulleitung oder erweiterten Gruppen (z. B. Runde Tische, ESL, I-Runden) - festes Mitglied in Schulgremien (Klassenkonferenzen, Gesamtkonferenzen, Jahrgangsteams) - eigener Tagesordnungspunkt - Mitarbeit in Schul-AGs wie AG Schulentwicklung, Steuergruppe Schulprofil - aktive Mitgestaltung durch inhaltliche Beiträge zu Schuldistanz oder Kinderschutz
Mitgestaltung von Bildungs- und Handlungskonzepten
<ul style="list-style-type: none"> - Mitarbeit am Schulkonzept/Schulprogramm - Konzeptentwicklung zu Themen wie Inklusion, Willkommensklassen, Schuldistanz, Sozialem Lernen, Elternarbeit, Schulhilfekonferenzen in Zusammenarbeit mit Schulleitung und Lehrkräften

Umsetzung der „Internen Vernetzung“ im Jahr 2015

Die Vernetzung der Jugendsozialarbeit in der Schule zeigt somit nicht nur ein weiteres Arbeitsfeld auf, sondern stellt die Grundlage für eine Verankerung der sozialpädagogischen Unterstützungsangebote am Ort Schule dar. Dabei wirkt die Jugendsozialarbeit häufig als Dreh- und Angelpunkt und schafft es durch die vernetzende Tätigkeit sowie durch abgestimmte Vorgehensweisen Synergieeffekte herzustellen.



Aufgabenbereich „Externe Vernetzung“ im Förderjahr 2015 (n = 255, Stand Mai 2015)

Zur Umsetzung der Angebote der Jugendsozialarbeit bedarf es neben den Unterstützungsstrukturen in der Schule auch weiterer Kooperationsbeziehungen und Netzwerkaktivitäten. Der Aufgabenbereich „Externe Vernetzung“ gliedert sich in „Öffnung der Schule in den Sozialraum“, „Einbindung Dritter in die Schule“ und „Mitarbeit in regionalen Arbeitsgemeinschaften“. Die drei Zielsetzungen wurden von ca. 90 % der Projekte im Jahr 2015 verfolgt. Die Sozialpädagogen/innen an den beteiligten Schulen griffen also fast alle auf die Kompetenz und Expertise Dritter zurück, arbeiten sozialraumorientiert, befördern den Öffnungsprozess von Schule oder vernetzen sich in fall- und/oder fachbezogenen AGs. Dazu zählen die Fallteams beim Jugendamt oder Kinderschutzrunden sowie Sozialraum-AGs oder Arbeitskreise zu Themen wie Jugendberufshilfe, Suchtprävention oder Zuwanderung.

Wie die Sozialpädagogen/innen die drei Aufgabenbereiche der „Externen Vernetzung“ konkret umsetzen, ist anhand einiger klassischer Beispiele in folgender Tabelle beschrieben.

Öffnung der Schule in den Sozialraum
<ul style="list-style-type: none"> - Kooperationen mit Einrichtungen im Sozialraum (Sozialraum AG, Bildungsnetzwerke, Jugendfreizeiteinrichtungen, Kitas, Schulen, Jugendamt, andere Jugendhilfe-Träger) - Netzwerkarbeit, Kontaktaufbau zu Unternehmen, anderen Schulen oder ehemaligen Schülern/innen, Austausch und Entwicklung gemeinsamer Projekte u. a. zum Übergang in oder von der Schule oder zur beruflichen Orientierung - Vermittlung von Angeboten an Kinder, Eltern und Lehrkräfte
Einbindung des Sozialraums bzw. Angebote Dritter in die Schule
<ul style="list-style-type: none"> - fachliche und inhaltliche Unterstützung von Angeboten der Jugendsozialarbeit durch externe Dienstleister (z. B. Schulpsychologie, Berufsberatung der Agentur für Arbeit) - Angebote für Kinder, Eltern und Lehrkräfte (u. a. Kinderschutz, Berufsorientierung, Medien) - Weiterentwicklung von Konzepten und Themen gemeinsam mit externen Fachkräften (Kinderschutz, Schuldistanz, Elternarbeit, Definition von Handlungsfeldern)
Mitarbeit in regionalen Arbeitsgemeinschaften
<ul style="list-style-type: none"> - inhaltlicher und konzeptioneller Austausch - Entwicklung einheitlicher Standards - AG 78 - Weitere AGs im Bezirk zur Weiterentwicklung schulübergreifender Standards (z. B. Schulhilfekonferenzen) - enger Kontakt zu regionalen Akteuren (Träger, Vereine, Jugendamt, Schulamt) - Austausch der Sozialpädagogen/innen und Träger untereinander

Umsetzung der „Externen Vernetzung“ im Jahr 2015

Durch die Aktivierung und den Einbezug des Sozialraums gelingt es den Sozialpädagogen/innen vor Ort den Schülern/innen und Eltern eine Vielzahl an Angeboten zu eröffnen, die die Jugendsozialarbeit allein nicht in dieser Spannbreite vorhalten könnte.

Im Folgenden wird anhand der Auswertung der Projektberichte beschrieben, wie die zentralen Ziele zur Unterstützung der Kinder und Jugendlichen im Jahr 2015 umgesetzt werden konnten. Die Ergebnisse werden für jede Schulart bzw. für die Projekte mit besonderen Aufgaben getrennt dargestellt und beispielhaft, teilweise anhand von Zitaten, illustriert.

2.2 Jugendsozialarbeit an Grundschulen

Das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ wurde im Jahr 2015 an insgesamt 122 Grundschulen umgesetzt und ist damit an etwa einem Drittel der Grundschulen in Berlin⁹ vertreten.

Bei der Abfrage nach den Schwerpunktsetzungen hinsichtlich der Unterstützungsangebote zeigt sich, dass im Jahr 2015 an allen Schulen an der Stärkung der sozialen Kompetenzen und des

⁹ In Berlin gab es im Schuljahr 2015/2016 insgesamt 361 Grundschulen in öffentlicher Trägerschaft (Stand 01.08.2015, Pressemitteilung der SenBJW; www.berlin.de/sen/bjw/service/presse/pressearchiv-2015/pressemitteilung.358257.php, 09.05.2016).

Selbstvertrauens gearbeitet wurde. Weitere Schwerpunkte lagen vor allem in der Gewaltprävention/-intervention und in der Elternarbeit.

Sozialpädagogische Angebote zum Sozialen Lernen gehören längst zum Standard der Arbeit an den einzelnen Projektstandorten. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass in allen Projekten an diesem Unterstützungsangebot gearbeitet wurde.

Die Verbesserung sozialer Kompetenzen umfasste die Kontaktaufnahme mit anderen, das Wohlfühlen miteinander, die Stärkung des Selbstwertgefühls, die Förderung von Empathie und das Einhalten bzw. Respektieren von Grenzen und Regeln. Die Jugendsozialarbeit führte dazu Trainings mit Klassen und Gruppen durch und unterstützte Lehrer/innen bei der Umsetzung von Klassenräten und Schülerparlamenten.

Spezielle Projekte ergaben sich häufig, weil (Klassen-)Lehrer/innen einen besonderen Bedarf hinsichtlich einer gewaltpräventiven oder -interventiven Arbeit an die Jugendsozialarbeit zurückmeldeten. Hintergrund war ein schwieriges Konfliktverhalten in einer Klasse, einer Gruppe oder zwischen einzelnen Schülern/innen. In diesem Zusammenhang berichteten einige Sozialpädagogen/innen von Klassenmediationen, die sie häufig in Kooperation mit den Klassenlehrern/innen durchführten. Dabei war es einerseits der respektvolle Umgang zwischen Mädchen und Jungen, der thematisiert und entwickelt werden musste, und andererseits waren es unterrichtsstörende Verhaltensweisen, an denen die Pädagogen/innen gemeinsam arbeiteten. Die Mediationen, häufig in Verbindung mit sozialen Trainings, halfen die Atmosphäre innerhalb der jeweiligen Klassen zu verbessern und führten nicht selten dazu, dass sich ein vorher nicht vorhandenes Teamgefühl bzw. ein Klassenzusammenhalt entwickelte. Die meisten Lehrer/innen meldeten der Jugendsozialarbeit nach einer Mediation oder einem sozialen Training zurück, dass sich die Anzahl an Konflikte verringerte und das Unterrichtsverhalten verbesserte.

Zur Vermittlung von Konfliktlösungsstrategien im Schulalltag bewährt sich seit Jahren die Einrichtung von Streitschlichter- bzw. Konfliktlotsengruppen.

„Die Konfliktlotsenarbeit strebt eine Steigerung der Konfliktlösungsfähigkeiten sowohl der Streitenden als auch der Schlichtenden an. Durch das Lernen und Anwenden der Methode der Mediation werden die Schüler/innen dabei unterstützt, selbst eine Lösung für ihre Konflikte zu finden, so fällt es den Streitenden leichter, sich an ausgehandelte Vereinbarungen zu halten. Dabei wird von einer Klärung der „Schuldfrage“ abgesehen und stattdessen das Augenmerk auf die Erhellung der Hintergründe des Konflikts gelenkt“ (G092; 07G30¹⁰).

Die dafür notwendige Ausbildung zum/r Streitschlichter/in erfreute sich an den unterschiedlichen Schulen regelmäßig großer Beliebtheit. Oftmals unternahmen die Sozialpädagogen/innen mit den Schülern/innen eine Ausbildungsfahrt, um die notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln. Darüber hinaus begleitete die Jugendsozialarbeit auch im Schulalltag, wenn die Streitschlichter/innen in ihren Sprechstunden oder während der Pausen im Einsatz waren und coachte sie regelmäßig. Die Relevanz einer dauerhaften sozialpädagogischen Begleitung dieses Angebots auch nach Ende der Ausbildung wird anhand des Berichts eines Projekts deutlich.

„Die sehr komprimierte und offensichtlich zu wenig intensive Ausbildung der StreitschlichterInnen führte dazu, dass die StreitschlichterInnen sich wie ‚Hilfssheriffs‘ in den Pausen aufgeführt haben und durch ihr unangemessenes Verhalten schnell von der Schülerschaft abgelehnt wurden“ (G089; 05G18).

Im Laufe der Jahre haben viele Sozialpädagogen/innen, aber auch Schüler/innen, die Ausbildungen und die Ausgestaltung der Aufgaben weiterentwickelt. An einem Standort fand im Berichtszeitraum ein ganz besonderer Perspektivwechsel statt. Lehrer/innen und Streitschlichter/innen der Klassenstufe fünf tauschten in einem Rollenspiel die Positionen mit dem Ziel, sowohl für die eigenen Gefühle und Bedürfnisse im Schulalltag als auch die des Gegenübers sensibilisiert zu werden.

¹⁰ Die hier verwendete Zitation benennt jeweils die Kennziffern des Projekts sowie der Schule. Dieses Zitat entstammt dem Sachbericht G092 der Jugendsozialarbeit an der Schule 07G30 für das Jahr 2015. Die genauen Angaben zum Träger- und Schulname sind in der Anlage zu finden.

„Das Bewusstsein, dass Lehrer*innen und Schüler*innen die gleichen Grundbedürfnisse haben („Das Kinderherz tickt genauso wie das Erwachsenenherz“), konnte das Maß an Wertschätzung, Respekt, Ehrlichkeit, Einfühlungsvermögen und Authentizität erhöhen – und das auch in Rollenspielen nachempfundene konflikträchtigen und besonders herausfordernd erlebten Situationen. Spannend bei diesem „Experiment“ war besonders der Perspektivwechsel, also wie es als junger Mensch ist, zu hören und nachzuempfinden, wie Erwachsene über Bedürfnisse, Gefühle und Wünsche sprechen, und umgekehrt“ (G080; 01G31).

Nach einem kurzen Input konnten in Praxissimulationen konkrete Situationen aus dem Schulalltag hautnah nacherlebt und alternative Möglichkeiten des Denkens, Sprechens und Handelns trainiert werden. Durch das Offenlegen der Gefühle und Bedürfnisse des Gegenübers, das hinter dem gezeigten Verhalten lag, wurde ein Austausch auf Augenhöhe ermöglicht. Dieses Projekt zeigte beispielhaft, wie die Jugendsozialarbeit mit unterschiedlichen Methoden erfolgreich an der Verbesserung des Schul- bzw. Lernklimas arbeitete.

An ein paar Schulen konnte die Jugendsozialarbeit im Jahr 2015 soziale Kompetenztrainings in Willkommensklassen umsetzen. In einem Projekt fand im Umfang von jeweils drei Einheiten im wöchentlichen Rhythmus Auseinandersetzung der Schüler/innen mit den Themen Nähe-Distanz und Selbst- bzw. Fremdwahrnehmung statt. Die Herausforderung lag vor allem darin, eine „gemeinsame“ Sprache zu finden. Zur Visualisierung arbeiteten die Sozialpädagogen/innen deshalb z. B. mit Symbolen.

„Aufgrund nicht ausreichender Sprachkenntnisse konnten Gespräche oder Arbeitsbögen nur bedingt als Methode eingesetzt werden. Durchgeführt wurden die Trainings hauptsächlich in Form von spielerischen Übungen (Wahrnehmungsübungen und Rollenspielen)“ (G040; 07G34).

Vor allem die Anwendung von Vertrauens- und Entspannungsübungen half den Kindern das Gefühl von Sicherheit zu vermitteln.

Viele Sozialpädagogen/innen bildeten sich in den Bereichen „Gewaltfreie Kommunikation“ oder „Stärke statt Macht – Das Konzept der Neuen Autorität in Schule“ weiter. Als Grund für das Bedürfnis nach Fortbildung nannten sie schwerwiegende Konflikte und Fälle von Mobbing unter den Schülern/innen, bei denen sie häufig an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stießen. Neben eigener Fortbildungen zum Thema und der Nutzung externer Anti-Mobbing-Workshops fanden Methoden aus der Berlin-Brandenburger Anti-Mobbing-Fibel¹¹ Eingang in die Arbeit.

In diesem Zusammenhang sahen vielen Sozialpädagogen/innen in den letzten Jahren einen zunehmenden Handlungsbedarf im Bereich Cybermobbing bzw. zur Stärkung sozialer Kompetenzen auch im virtuellen Raum. Aus mehreren Projekten wurden Fälle berichtet, in denen es zu Mobbing in sozialen Medien kam.

An einer Schule fand ein Medienkompetenztraining mit den Klassenstufen fünf und sechs im Umfang von vier Unterrichtseinheiten pro Klasse statt. Zunächst setzten die Schüler/innen sich mit einem Hip-Hop-Song auseinander, der über Facebook große Bekanntheit erlangt hatte. Unter Anleitung diskutierten sie dabei die positiven und negativen Aspekte sozialer Netzwerke. Anschließend reflektierten sie ihr eigenes Kommunikations- und Nutzungsverhalten der gängigsten sozialen Netzwerke, Onlinedienste und Portale (Facebook, Instagram, WhatsApp, Twitter und YouTube). Dazu erfuhren sie, wie die Daten der Nutzer/innen erfasst und weitergegeben werden und wie die Anbieter diese kommerziell nutzten. Auf diese Weise wurden die Kinder für die Gefahren und Folgen des eigenen Onlineverhaltens sensibilisiert.

„Die Schulsozialarbeit hat im weiteren Verlauf des Medienkompetenztrainings ein kleines Rollenspiel dargestellt, in dem die Unterschiede der Kommunikation im realen Leben und der Kommunikation im sozialen Netzwerk verdeutlicht wurden. Im letzten Teil des Trainings wurden die Kinder der Klasse aufgefordert, mit Hilfe eines Arbeitsblattes offline ein Profil über sich zu erstellen. Dabei hatten die Kinder jegliche künstlerische Freiheit und gestalteten das Arbeitsblatt mit Profilnamen, Profilbild, Hobbies etc. Alle Profile waren anonym und wurden im Nachgang von allen Kindern beurteilt („geliked“). Daraufhin

¹¹ http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/gewaltpraevention/Broschueren/BB-BE_Anti-Mobbing-Fibel.pdf (14.06.2016)

konnten wir anhand der Profile mit den Kindern erarbeiten, wie die sozialen Netzwerke im Internet funktionieren, welche Profile besonderes Interesse erwecken, und dass nicht immer die Person hinter dem Profil steckt, die man erwartet. In allen Medienkompetenztrainings kamen die Themen Cybermobbing und Umgang mit persönlichen Daten im Internet zur Sprache und die Kinder wurden für diese Themen sensibilisiert“ (G019/2; 02G29).

Nachdem in der Gesamtelternvertretung ein Interesse am Thema Medienkompetenz signalisiert wurde, führte die Sozialpädagogin derselben Schule dazu auch einen Informationsabend für die Eltern der Klassen vier bis sechs durch. Die anwesenden Eltern schätzten zunächst das Medienverhalten ihrer Kinder hinsichtlich der Nutzungshäufigkeit und -dauer ein. Die Sozialpädagogin stellte diese Einschätzungen den Ergebnissen der KIM-Studie¹² von 2014 gegenüber.

„Dabei zeigte sich, dass das Nutzungsverhalten der Kinder an der Heinrich-Zille Grundschule, dem Nutzungsverhalten der Kinder aus der KIM-Studie sehr nahe kam. Im weiteren Verlauf des Elternabends wurden Informationen zu den Themen Cybermobbing, Umgang mit persönlichen Daten, sichere Internetnutzung am PC und am Smartphone sowie pädagogische Maßnahmen zu einer kompetenten Medienerziehung anregend mit allen Eltern diskutiert. Die Möglichkeit, die Themen anhand von Flyern in deutscher bzw. türkischer Sprache zu vertiefen, rundete den Elternabend ab und kam bei den Eltern sehr gut an“ (G019/2; 02G29).

Auch aus anderen Projekten wurde berichtet, dass die Eltern sich für Informationsveranstaltungen zum Thema Umgang mit Medien interessieren und die Möglichkeiten eines Austausches miteinander suchen. Ein gemeinsamer Themenelternabend von der Jugendsozialarbeit und einer Präventionsbeauftragten der Polizei wurde beispielsweise sehr gut besucht. 60 Eltern der Klassenstufen vier bis sechs nahmen an der Informationsveranstaltung „Der Umgang der Kinder mit ihrem Smartphone“ teil (G028; 03G10).

In einem anderen Projekt fand nach einer Anti-Mobbing-Trainingswoche für die 5. Klassen ein Elternnachmittag zum Thema Gewalt, Mobbing und Cybermobbing statt. Von annähernd jedem/r Schüler/in nahm mindestens ein Elternteil teil und wurde durch die Schüler/innen der Klassen durch Plakate, mündliche Erläuterungen, Theaterspiele und Infomaterial informiert (G012; 01G38).

In der Regel wurde deutlich, dass die Eltern im Rahmen von Projektwochen sehr gern an einmaligen Veranstaltungen teilnehmen. Zwar zeigten sich viele Eltern offen für regelmäßige Gesprächsrunden, allerdings konnten nur wenige Eltern für eine zuverlässige wiederkehrende Teilnahme begeistert werden. Das machte die Planung dieser Veranstaltungen, insbesondere wenn externe Experten eingeladen wurden, sehr schwierig. Auch eine Vorabfrage, z. B. in Form einer Bitte um Anmeldungen, schaffte wenig Verbindlichkeit.

Weitere Herausforderungen im Hinblick auf eine gelingende Elternarbeit entstanden bei Personalveränderungen. Da der Beziehungsaufbau sehr viel Zeit und vor allem Kontinuität erforderte, gefährdeten Wechsel von Zuständigkeiten die Vertrauensbasis. Häufige Personalwechsel sind u. a. der jährlichen Befristung des Landesprogramms geschuldet und finden in vielen Projekten über alle Schularten hinweg immer wieder statt.

Dennoch gelang an vielen Standorten die Aktivierung der Eltern für Projekte, wie z. B. Koch- und Gartenprojekte oder Lesecafés. Eine Sozialpädagogin berichtete, dass sie Eltern mit Migrationshintergrund für ein Vorleseprojekt begeistern konnte, nachdem sie Bücher in arabischer, polnischer und türkischer Sprache für die Schulbibliothek angeschafft hatte.

„Im [...] Berichtszeitraum ist es mir gelungen, einen arabisch sprechender Vater, eine türkisch sprechende Mutter und eine polnisch sprechende Mutter für das Projekt "Leseeltern" zu gewinnen. Durch persönliche Ansprache und der Vorstellung des Projektes an zwei Gesamtelternversammlungen, konnte ich Eltern zum Vorlesen aktivieren. Mit einer alleinerziehenden Mutter (polnischer Herkunft) führte ich mehrere Beratungsgespräche durch, da sie Unterstützung in der Erziehung ihres Sohnes benötigte und vermittelte

¹² Die KIM-Studie (Kinder, Internet, Medien) ist als Langzeitprojekt seit 1999 vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest angelegt, um den Medienumgang der 6-13-jährigen in Deutschland zu untersuchen. (www.mpfs.de/fileadmin/KIM-pdf14/KIM14.pdf; 03.06.2016)

sie zur Familien- und Beratungsstelle der Caritas. Diese Mutter (sprach kaum Deutsch) zeigte einen sehr geringen Selbstwert und sie brauchte meiner Meinung nach dringend eine Stärkung in ihrem Selbstwert und ihrer Selbstwirksamkeit. So erzählte ich ihr von dem Projekt "Leseeltern" und konnte ihr Interesse wecken. Seit dem liest sie unseren polnisch sprechenden Kindern aus den verschiedenen 1/2/3 Klassen vor und ich konnte beobachten, dass sie ihre anfängliche Schüchternheit mehr und mehr ablegte und es ihr und den Kindern beim Vorlesen viel Spaß bereitete“ (G083; 01G45).

An vielen Grundschulen im Programm wurden insbesondere im Jahr 2015 Willkommensklassen eingerichtet. Nicht selten passten die Sozialpädagogen/innen ihre ursprünglich geplanten Ziele den neuen Herausforderungen der Schulen an. Erste sozialpädagogische Angebote konnten vor allem dann umgesetzt werden, wenn bereits gute Kooperationen innerhalb der Schulen bestanden. Die Grundschüler/innen, die bereits im jungen Kindesalter traumatische Situationen erlebt hatten, zeigten häufig Symptome von Angst, Stress und Wut. Um diesen Kindern Sicherheit zu vermitteln und Vertrauen aufzubauen, bedurfte es einer besonderen Sensibilität von Sozialpädagogen/innen und (Klassen-) Lehrern/innen sowie einer engen bzw. gut funktionierenden Kooperation der beiden Professionen.

Auch zur Verhinderung von Schuldistanz und zur Gewaltprävention in den Willkommensklassen war die Vernetzung innerhalb, aber auch außerhalb der Schule wichtig. Bei den außerschulischen Kooperationspartnern/innen handelte es sich in erster Linie um die Sozialpädagogen/innen der Wohnheime und Notunterkünfte, aber auch um die neu geschaffenen Stellen der Jugendsozialarbeit im Rahmen der Sofortmaßnahme Geflüchtete.

2.3 Jugendsozialarbeit an Integrierten Sekundarschulen

Das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ wurde im Jahr 2015 an insgesamt 59 Integrierten Sekundarschulen (teilweise auch Gemeinschaftsschulen) umgesetzt und ist somit Bestandteil an rund der Hälfte der Schulen dieser Schulart in Berlin¹³.

Bei der Abfrage nach den Schwerpunktsetzungen gab es an dieser Schulart drei erste Plätze, nämlich beim Abbau von Schuldistanz und der Reintegration in den schulischen Alltag, bei der Stärkung sozialer Kompetenzen und der Stärkung des Selbstvertrauens sowie bei der Elternarbeit. D. h. dass diese Themen an allen 59 Standorten der Jugendsozialarbeit an Integrierten Sekundarschulen schwerpunktmäßig bearbeitet wurden.

Um beim Abbau von Schuldistanz zu unterstützen, agierten die Sozialpädagogen/innen hier regelmäßig auf der Einzelfallebene, berieten, bezogen die Lehrkräfte und Eltern mit ein, nutzten interne oder externe Netzwerke, um Perspektiven aufzuzeigen, für den Verbleib an der Schule oder auch für eine außerschulische Alternative.

„In den 9. und 10. Klassen spielt eher eine verfestigte Schuldistanz oder länger andauernde soziale Problematiken eine große Rolle. Viele der Schüler und Schülerinnen sind davon bedroht, ohne Schulabschluss die Schule zu verlassen. Wir versuchen dieser Problematik mit alternativen Beschulungsformen (verkürzter Stundenplan, zeitweise Beschulung nahezu in Einzelbeschulung, praktische Mitarbeit beim Haushandwerker und Hausmeister, Praxistag bis hin zu einem Dauerberufspraktikum mit Befreiung der allg. Schulpflicht) entgegenzuwirken. Gleichzeitig wird in Zusammenarbeit mit den Berufseinstiegsbegleitern oder dem Jobcenter versucht, eine Perspektive für die Zeit nach der Schule zu schaffen. Bei sozialen Problematiken wird eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Eltern und dem Schüler gesucht. Mit Hilfekonferenzen und nachfolgenden Kurzgesprächen wird angestrebt, ein engmaschiges Netz in der Betreuung zu schaffen“ (K026; 05K08).

Ermöglicht wurde die Unterstützung durch die Jugendsozialarbeit jedoch erst, wenn in der Zusammenarbeit mit den Lehrkräften Meldungen an die Jugendsozialarbeit frühzeitig erfolgten.

¹³ In Berlin gab es im Schuljahr 2015/2016 insgesamt 124 Integrierte Sekundarschulen (davon 23 Gemeinschaftsschulen) in öffentlicher Trägerschaft (Stand 01.08.2015, Pressemitteilung der SenBJW; online verfügbar unter www.berlin.de/sen/bjw/service/presse/pressearchiv-2015/pressemitteilung.358257.php, 09.05.2016).

In der Beratung und Unterstützung betroffener Schüler/innen war die enge Kooperation mit den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten unerlässlich. Teilweise wurden die Schüler/innen nicht nur abgeholt, sondern auch im Unterricht begleitet, um in der Regelklasse wieder anzukommen.

„Das Ziel der Einzelarbeit bestand dann darin, dass die jeweiligen psychosozialen Belastungsfaktoren im schulischen, wie im außerschulischen Bereich, und die daraus oftmals resultierenden dysfunktionalen Verhaltensmuster analysiert und reflektiert wurden, um daraufhin mit dem/der Schüler/in und den oben genannten Beteiligten konkrete Lösungsstrategien zu erarbeiten“ (K058; 01K03).

An den meisten Schulen hatte sich ein standardisiertes Vorgehen bei Schuldistanz etabliert, d. h. ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen zwischen Schule und Jugendsozialarbeit. Die Kontrolle der Anwesenheit am Morgen, die umgehende Kontaktaufnahme zum Elternhaus, das gemeinsame Gespräch mit den Schülern/innen, der Abschluss von (Verhaltens-)Zielvereinbarungen fand sich an vielen Standorten.

„Dazu wurde ein schulinterner Meldebogen entwickelt, der anhand verschiedener Kriterien Anzeichen von Schulumüdigkeit und Schuldistanz abfragt. Die Aufgabe der Lehrkräfte ist es durch diesen Meldebogen die Schulsozialarbeiter/innen zu informieren. Die Aufgabe der Schulsozialarbeit liegt darin, unter Einbezug der wichtigsten Akteure (Schüler/in, Lehrer/in, Eltern) mögliche Gründe für die Schwierigkeiten in Schule oder im sozialen Umfeld zu finden und mit geeigneten Unterstützungsmaßnahmen, u. U. auch mit dem entsprechenden Helfersystem, die Problematik zu bearbeiten und die schulische und/oder soziale Situation zu verbessern“ (K101/2; 10K05).

Über den Einzelfall hinaus und unabhängig von standardisierten Abläufen war die Verbesserung der Schulkultur auch eine Möglichkeit schuldistanziertes Verhalten zu verringern. An einem Standort wurde dazu ein Arbeitskreis Schulkultur gebildet, in dem sich Schüler/innen, Lehrkräfte, Eltern und die Jugendsozialarbeit monatlich trafen, um Folgendes zu erreichen:

„Aufwertung des Schullebens und des gemeinschaftlichen Miteinanders im Lebensraum Schule“ (K048; 07K11).

Die Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Stärkung sozialer Kompetenzen auf der Ebene des Einzelfalls waren in der Regel interventiv und gehörten zu einen der Hauptaufgaben der Jugendsozialarbeit an Integrierten Sekundarschulen. Themen bzw. Anlässe waren dabei recht vielfältig: Gewaltvorfälle, Mobbing, Probleme in der Familie, psychische Erkrankungen, Sucht sind hier beispielhaft benannt. Die Sozialpädagogen/innen agierten in diesen Fällen als Einzelfallhelfer/innen mit Methoden des Case Managements.

„Regelmäßige Gesprächskontakte und Termine mit den Eltern sowie den Schüler/innen sind Handlungskonsens von Schule und SchulWork insbesondere bei impuls gesteuerten und/oder gewaltbereiten Jugendlichen“ (K016; 05K09).

Gerade im Bereich Stärkung sozialer Kompetenzen wurde jedoch auch eine Fülle an präventiven Angeboten der Jugendsozialarbeit etabliert, die sich an besondere Schüler/innen-Gruppen und/oder Klassenstufen richteten. Die Sozialpädagogen/innen begleiteten das Ankommen der neuen Schüler/innen der 7. Klassen (und deren Eltern) durch Teamtage, Projektwochen oder Kompetenztrainings an nahezu allen Integrierten Sekundarschulen im Programm. Sie unterstützen bei der Installation der Klassenrat-Methode, bildeten Konfliktlotsen aus, führten klassenstufenspezifische Angebote zum Sozialen Lernen durch, die fest im Stundenplan verankert waren. In Absprache mit der Schulleitung und/oder auf Anfrage der Klassenlehrer/innen (bzw. Jahrgangsteams) wurden themenspezifische Workshops oder Trainings angeboten. Auch offene Angebote, die teilweise geschlechtsspezifisch ausgerichtet waren, gehörten regelmäßig zum Repertoire der Jugendsozialarbeit an den Sekundarschulen.

Hervorzuheben ist, dass eine Vielzahl an Angeboten in diesem Bereich auf Partizipation und Peer-Education abstellten. Dazu zählen Patenmodelle, in denen ältere Schüler/innen für jüngere Verantwortung übernahmen, Regelklassen die Willkommensklassen beim Ankommen unterstützten oder Oberschüler/innen für jüngere Jahrgänge Freizeitangebote gestalteten.

„Das Patenschülerprojekt wurde im Jahr 2015 erfolgreich durchgeführt. Die Ausbildung erfolgt in Kooperation mit der Tandemlehrerin und gemeinsam werden auch sämtliche, die Patenschüler betreffenden Termine vorbereitet und durchgeführt. (...) Die PatenschülerInnen wurden erfolgreich in der

ersten Hälfte des Kalenderjahres aus den 8. Klassen rekrutiert und vorbereitet auf ihre Aufgaben als Paten für die angehenden 7. Klassen. Bei der Ausbildung wurden auf die Erfahrungen der Paten der 9. und 10. Klassen zurückgegriffen, so dass auch eine peer-to-peer-education genutzt werden konnte. (...) Ab dem ersten Schultag des neuen Schuljahres begleiteten die frisch ausgebildeten Paten die Neankömmlinge in ihren Klassenverbänden in der Kennenlernwoche. Auch unterstützten die Paten die KlassenlehrerInnen bei der Einführung des Klassenrates“ (K105; 11K07).

Neben dem klassischen Arbeitsansatz beim Thema Partizipation, die Arbeit der Schülervertretung zu unterstützen, wurden Klassensprecher/innen gecoacht, eine Jugendjury installiert, die Möglichkeit des Erwerbs einer Jugendleitercard geschaffen oder ein Fachtag zum Thema „Partizipation als Menschenrecht“ besucht. Als ein weiteres Beispiel sei hier ein sog. „Projektraum“ erwähnt. Die Sozialpädagogen/innen boten den Schülern/innen mit diesem „Projektraum“ innerhalb des Mittagsbands die Möglichkeit, eigene Projekte zu realisieren. Die Sozialpädagogen/innen befähigten die Schüler/innen ihre Ideen zu operationalisieren, Drittmittel zu akquirieren und unterstützten bei organisatorischen Hürden. Gestartet mit dem Vorhaben drei Projekte im Jahr 2015 umzusetzen, gelang es doppelt so viele zu realisieren (K036; 08K13). Dazu zählten:

- Organisation der Abschlussparty für die 10. Klassen
- Renovierung von Räumen
- Ausgestaltung des Schulhofes
- Fußball- und Volleyballturniere für die gesamte Schule
- wöchentliche Fußball-AG in Kooperation mit der Notunterkunft und AG Flüchtlinge
- Installation eines Mädchen-Cafés

Die Elternarbeit wurde als ein weiteres Schwerpunktziel von Jugendsozialarbeit an Integrierten Sekundarschulen benannt. Mit den Eltern wurde regelmäßig im Rahmen der Einzelfallberatungen von Schülern/innen zusammengearbeitet. Die Sozialpädagogen/innen standen aber auch den Eltern als Ansprechpartner/innen bei Problemen in der Familie, in der Schule, mit der Erziehung zur Verfügung. Telefonische Absprachen, feste Beratungstermine und auch Hausbesuche wurden dafür genutzt, denn i. d. R. beeinflusst die Kooperationsbereitschaft der Eltern den Erfolg in der Arbeit mit den Schülern/innen enorm.

„Eltern nutzen das Angebot der Allgemeinen und Erziehungsberatung. Dabei werden Themen wie Pubertät und der Umgang mit Jugendlichen in unterschiedlichen Entwicklungsphasen, Familien – und Erziehungsprobleme, Sprach- und Lernprobleme, Freizeitgestaltung und Anbindung der Jugendlichen mit anderen Einrichtungen im Sozialraum angesprochen“ (K004; 02K08).

Besondere Formen der Elternarbeit bzw. allgemeine Gruppenangebote für Erziehungsberechtigte waren an den Integrierten Sekundarschulen eher die Ausnahme. Dennoch bildeten die Eltern eine wichtige Zielgruppe. Das Kennenlernen und die Kontaktaufnahme mit den Eltern der neuen 7. Klassen gehörte zu den Angeboten an vielen Standorten, in Form von Elterncafés zum Tag der Einschulung, einem Info-Stand am ersten Schultag, einem Eltern-Workshop für die neuen Eltern, der Vorstellung der Sozialpädagogen/innen auf den ersten Elternversammlungen oder einem gemeinsamen Grillnachmittag, zu dem die Eltern der Schüler/innen und ihre Geschwister willkommen waren.

Auch mit dem Thema Flucht beschäftigten sich die Integrierten Sekundarschulen in Berlin und die dort eingesetzten Sozialpädagogen/innen. Gemeinsam wurde auf schulischer Ebene über Möglichkeiten und Formen der Integration geflüchteter Schüler/innen beraten. Regelmäßig wurden die Angebote der Jugendsozialarbeit für Geflüchtete geöffnet oder aber eigene Angebote für die Willkommensklassen unterbreitet. Einen inhaltlichen Schwerpunkt bildete dabei häufig das Soziale Lernen. Das Ankommen der geflüchteten Jugendlichen am Ort Schule und in Berlin unterstützten die Sozialpädagogen/innen durch Ferienschulen, Projektwochen oder Projekttage, die sie eigenständig, mit ihrem Träger oder in Kooperation mit Dritten organisierten.

„(...) die Schulsozialarbeit selbst (hat) ihre Angebote auf die DSD-Klassen ausgeweitet: in beiden Klassen wird ein modifizierter Klassenrat durchgeführt. Hierbei wurde das Angebot so gestaltet, dass viele Inhalte in einfacher Sprache geschehen. Der Klassenrat der DSD-Klassen ist mit Elementen des spielerischen sozialen Lernens erweitert. Bei den Spielen wurde eine Auswahl getroffen, die auch ohne große Kompetenzen in der deutschen Sprache auskommen, die Sprachentwicklung aber fördern. Es wurde mit einer Sammlung an Übungen und Spielen zum sozialen Lernen begonnen, die anderen Schulen zur Verfügung gestellt werden sollen“ (K035; 02K05).

Zielgruppe der Sozialpädagogen/innen bei dieser Thematik waren aber nicht nur die Geflüchteten, sondern auch die Schüler/innen der Regelklassen und deren Eltern. Mit der Zunahme an Kindern in den Willkommensklassen wurde auch das Thema Rassismus wieder präsenter an den Schulen. Aufgrund dieser Beobachtung etablierte die Jugendsozialarbeit beispielsweise im Mittagsband der Schule eine offene Diskussionsrunde. Jede/r durfte ihre/seine Meinung frei äußern und die Diskussion versachlichte sich zunehmend. Ein Austausch mit den Verantwortlichen der Notunterkunft wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls organisiert.

„Die Meinung vieler Elternhäuser spiegelt sich in den Schüler/innen-Meinungen wieder und unser Anliegen war es von Anfang an, die Schüler/innen mitzunehmen und ihre Vorurteile und Ängste ernst zu nehmen, ihnen die Möglichkeit zu geben diese zu überprüfen und sich dann zu verhalten“ (K012; 03K10).

2.4 Jugendsozialarbeit an Förderzentren

Die Jugendsozialarbeit konnte auch im Jahr 2015 an insgesamt 37 Förderzentren weitergeführt werden (davon ein Beratungs- und Unterstützungszentrum sowie zwei Grundschulen und drei Sekundarschulen mit dieser Zielgruppe). Damit verfügt gut die Hälfte aller Förderzentren in Berlin über Jugendsozialarbeit aus dem Landesprogramm¹⁴.

In der Auswertung für das Förderjahr 2015 stechen drei Schwerpunktsetzungen besonders heraus. Die Sozialpädagogen/innen setzten in allen Projekten Angebote zum Sozialen Lernen um bzw. benannten die Förderung sozialer Kompetenzen als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Weitere wesentliche Arbeitsschwerpunkte der Sozialpädagogen/innen an Förderzentren lagen in der Unterstützung der beruflichen Orientierung und in der Begleitung von Übergängen.

Im Zusammenhang mit den beiden letztgenannten Bereichen sozialpädagogischer Unterstützung lassen sich zunehmend gewachsene Kooperationen, Netzwerke und Strukturen erkennen, die sich auch über den einzelnen Schulstandort hinweg immer weiter etablierten.

So stellte die Pflege von Kooperationen inner- und außerhalb der Schule in Bezug auf Unterstützungsangebote in diesem Aufgabenbereich mittlerweile einen Standard der Jugendsozialarbeit dar. Dazu zählten der regelmäßige Austausch mit Jobcentern, der Agentur für Arbeit, Trägern der Jugendberufshilfe und Oberstufenzentren.

An vielen Schulen haben sich auch Verzeichnisse von Praktikastellen bewährt, die von der Jugendsozialarbeit ins Leben gerufen oder maßgeblich mitgestaltet wurden und in denen positive und negative Erfahrungen vergangener Jahre vermerkt werden. So entstanden nicht selten dauerhafte Kontakte zu Einrichtungen und Unternehmen, die in jedem Jahr immer wieder gern Schüler/innen für ein Praktikum aufnehmen.

Diese Kontakte wurden auch für einmalige Hospitationsbesuche, z. B. im Rahmen des Girls-/Boys-Day genutzt. Beispielsweise begleitete die Sozialpädagogin die Schülerinnen einer 7. Klasse am Girls-Day 2015 zu einem Automobilhersteller.

„Dort hatten die Schülerinnen einen Tag die Möglichkeit einen Einblick in die Werkstatt von Mercedes zu bekommen. Sie bekamen umfangreiche Informationen über den Betrieb und durften sich auch praktisch ausprobieren. Dazu gehörte ein Reifenwechsel und sie konnten ein Metallstück feilen, welches sie im

¹⁴ In Berlin gab es im Schuljahr 2015/2016 insgesamt 58 Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt in öffentlicher Trägerschaft (Stand 01.08.2015, Pressemitteilung der SenBJW; online verfügbar unter www.berlin.de/sen/bjw/service/presse/pressearchiv-2015/pressemitteilung.358257.php, 09.05.2016).

Anschluss mit nach Hause nehmen durften. Die Schulsozialarbeiterin unterstützte eine Schülerin dabei, einen Praktikumsplatz in dieser Werkstatt zu bekommen. Dazu gehörte ein Gespräch mit dem Werkstattchef, welches sie gemeinsam mit der Schülerin führte. Später unterstützte sie die Schülerin beim Formulieren eines Bewerbungsschreibens und sie begleitete die Schülerin während des Praktikums, besuchte sie zweimal und führte ein Auswertungsgespräch mit dem Werkstattchef“ (S026; 04S05).

Die Angebote der Jugendsozialarbeit entwickelten dabei nicht nur die Strukturen in diesem Bereich weiter, sondern sorgten auch dafür, das Image der Schulen insgesamt zu verbessern. So berichtete eine andere Sozialpädagogin über die Auszeichnung mit dem Siegel für „Exzellente berufliche Orientierung“ der Industrie und Handelskammer. Dieses Siegel wurde an Schulen verliehen, die mehr für die berufliche Orientierung tun als im Rahmenplan vorgeschrieben (S021; 09S06).

Je nach Förderschwerpunkt der Schule und den Unterstützungsbedarfen der Schüler/innen unterschied sich die Intensität der erforderlichen sozialpädagogischen Unterstützung. Viele Schüler/innen wurden in Einzelfallarbeit betreut und mussten z. B. bei der Praktikumsuche oder während Hospitationsbesuchen in Werkstätten begleitet werden (S009; 03S07). Auch die Durchführung von Bewerbungstrainings, die die Anfertigung von Anschreiben und Lebensläufen sowie die Übung von Bewerbungsgesprächen umfassten, erforderte mehr Unterstützung des einzelnen Jugendlichen als an anderen Schularten.

Oftmals wurden Angebote zur Verbesserung der vorberuflichen Handlungskompetenzen mit sozialen Kompetenztrainings verbunden. Sozialpädagogen/innen berichteten, dass zunächst in Einzelgesprächen an einer emotionalen Stabilisierung gearbeitet bzw. die Konfliktfähigkeit trainiert wurde, bevor vorberufliche Handlungskompetenzen verbessert werden konnten.

Zur Förderung der sozialen Kompetenzen standen der Jugendsozialarbeit verschiedenste Methoden und Wege zur Verfügung. Dazu zählten z. B. soziale Trainings für ganze Klassen oder einzelne Gruppen, genderspezifische Gesprächsrunden oder Einzelfallberatungen, die im konkreten Konfliktfall mit zwei oder mehr Schülern/innen stattfanden.

In einem Projekt konnte gemeinsam mit zwei externen Kooperationspartnern eine soziale Trainingsgruppe „Judo“ eingerichtet werden. In Verbindung mit diesem Sport fiel einerseits die Vermittlung von sozialen Umgangsformen leichter, andererseits zeigten die Schüler/innen eine hohe Lernbereitschaft. Die dafür notwendigen Materialien konnten über die Projekt- und Fortbildungsmittel angeschafft werden (S007; 08S01).

Die Sozialpädagogen/innen stießen speziell im Bereich der Förderung sozialer Kompetenzen, der häufig mit einer gewaltpräventiven bzw. -interventiven Arbeit einherging, an ihre Grenzen. Einerseits signalisierten Klassenlehrer/innen und auch Schüler/innen eine große Bereitschaft zur Teilnahme an Angeboten, andererseits mussten die Ziele der Trainings aufgrund einer heterogenen Schülerschaft häufig stark heruntergebrochen werden. So erforderte die Arbeit in diesem Bereich, egal ob im Rahmen von Gruppen- oder Einzelangeboten, ein besonderes Maß an Kreativität und Ausdauer der Sozialpädagogen/innen.

„Im Rahmen der pädagogischen und sozialpädagogischen Arbeit wurden zwar Themen wie Freundschaft, Familie, Identität und Werte besprochen, Gesprächsregeln und respektvoller Umgang miteinander wurden geübt. Im Unterricht zeigte sich daraufhin teilweise eine Verbesserung des Verhaltens der Schüler, sie vollzogen aber keinen Transfer des Gelernten auf die aktuelle Klassensituation und das Verhalten untereinander“ (S007; 08S03).

Um ihre Angebote dennoch erfolgreich umsetzen zu können, bildeten sich die Sozialpädagogen/innen, je nach individueller Bedarfslage, entsprechend fort. Besonders beliebt waren im Jahr 2015 demnach Weiterbildungen zu den Themen „Stärke statt Macht“ – Das Konzept der Neuen Autorität in Schule, gewaltlose Kommunikation und Tesya-Training.

Nur in Ausnahmefällen werden Willkommensklassen an Förderzentren angebunden. Trotzdem spielt die Auseinandersetzung mit der aktuellen gesellschaftlichen Debatte um Geflüchtete für die Schüler/innen eine Rolle.

„Die so genannte Flüchtlingskrise beschäftigt auch unsere Schülerinnen und Schüler. Sachliche Gespräche zu Fakten und der Situation in der Stadt gestalten sich schwierig. Bezüge zur eigenen Lebenssituation werden selten hergestellt. Es werden Ängste und Befürchtungen bezüglich der familiären und ökonomischen Lagen im persönlichen Umfeld geäußert. Es mangelt an Bereitschaft und auch Fähigkeit, sich im Einzelnen mit den Gründen und Umständen dieser Situation zu befassen“ (S010; 12S01).

Aus einem anderen Projekt berichtet die Jugendsozialarbeit, dass schon allein durch Gespräche Vorurteile aufgeweicht werden konnten, obwohl viele Schüler/innen aus Familien stammen, die die „aktuelle Flüchtlingspolitik mit den Auswirkungen auf die Gesellschaft eher ablehnen“ (S009; 03S07).

Aus diesem Grund thematisierten einige Sozialpädagogen/innen die Ansichten und Befürchtungen der Schüler/innen und planten Angebote und Projekte, die eine intensive Auseinandersetzung ermöglichen.

Eine Sozialpädagogin setzte das Projekt „Auf Spurensuche der NS-Zeit im Bezirk Treptow-Köpenick“ um. Die Schüler/innen aus zwei 10. Klassen sollten das Thema Nationalsozialismus über die Ebene der reinen Informationsvermittlung hinaus, auf lebendige Weise erfahren und erforschen können. Dazu suchten sie historische Orte im eigenen Wohnumfeld auf und setzten sich mit den Geschehnissen zur NS-Zeit auseinander.

„Ziel ist es einen Grundstein für weitere Projektstage zu legen, um die Bedeutung nationalsozialistischen Denkens für die heutigen Themen wie Neonazis, Ausländerfeindlichkeit, Haltung zu Flüchtlingen usw. diskutieren zu können. Durch eine ausführliche Präsentation der Projektstage soll das Erlebte intensiv verarbeitet werden und anderen Klassen zur Verfügung gestellt werden“ (S021; 09S06).

2.5 Jugendsozialarbeit an Gymnasien

Innerhalb des Programms wurde Jugendsozialarbeit im Jahr 2015 an neun Gymnasien umgesetzt. Es handelt sich damit um die im Vergleich zu den anderen Schularten (noch) geringste Auslastung, denn nur jede zehnte Schule in Berlin verfügte über Jugendsozialarbeit aus dem Landesprogramm¹⁵.

Die drei wichtigsten Ziele der Jugendsozialarbeit an den programmteilnehmenden Gymnasien, laut der Anträge für das Jahr 2015, sind neben der Stärkung sozialer Kompetenzen auch die Gewaltprävention und die Einbindung der Eltern (vgl. Abbildung im Kapitel 2.1).

Eine Verbindung der beiden erstgenannten Ziele findet sich in den Sachberichten des Jahres 2015 häufig wieder. Um eine tragfähige Beziehung zu den Schülern/innen aufzubauen und Probleme in den Klassen vorzubeugen bzw. frühzeitig bearbeiten zu können, unterstützte die Jugendsozialarbeit die siebten Klassen bei ihrem Ankommen am Gymnasium. So führte eine Sozialpädagogin beispielsweise Einführungswochen für alle neuen Klassen mit besonderem Fokus auf die Prävention von Mobbing durch und beschrieb diese folgendermaßen.

„Kennenlernen der neuen siebten Klassen zur Unterstützung des Übergangs Grundschule zum Gymnasium: Pro Klasse (fünf siebte Klassen) fanden zwei Termine zum Kennenlernen untereinander und Kooperation, Kennenlernen der sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie alle Angebote des pädagogischen Bereichs statt. Am dritten Termin fand für 150 Siebtklässler ein Theaterstück zum Thema Mobbing statt, zu dem drei Schauspielerinnen und Schauspieler mit Equipment an unsere Schule kamen und in mehreren Rollen vorspielten, wie Mobbing entsteht und wie man dagegen vorgehen kann. Anschließend gab es eine Nachbesprechung mit den Schauspielern/innen und allen Schülerinnen und Schüler der siebten Jahrgangsstufe, in der Fragen beantwortet werden konnten. Zur Nachbereitung stellten wir den Lehrkräften entsprechende Materialien zur Verfügung. Je nach Bedarf wurden die Einführungswochen als Klassentrainings fortgesetzt“ (Y001; 01Y12).

¹⁵ In Berlin gab es im Schuljahr 2015/2016 insgesamt 90 Gymnasien in öffentlicher Trägerschaft (Stand 01.08.2015, Pressemitteilung der SenBJW; online verfügbar unter www.berlin.de/sen/bjw/service/presse/pressearchiv-2015/pressemitteilung.358257.php, 09.05.2016).

Wie auch in anderen Sachberichten dargestellt, sind die Thematisierung von Mobbing und die Vermittlung von Methoden zum Umgang damit wichtige Aufgaben der Sozialpädagogen/innen in den neu formierten siebten Klassen. Neben Angeboten für die ganzen Klassen diskutierte die Jugendsozialarbeit dieses Thema auch in Kleingruppen. Dort wurden Vorwissen und Erfahrungen ausgetauscht, aber auch die Konsequenzen und Handlungsmöglichkeiten besprochen. In von Mobbing oder Cybermobbing betroffenen Klassen unterstützte die Jugendsozialarbeit beispielsweise im Sinne des No Blame-Approach die Schüler/innen und Lehrkräfte. In diesem etablierten „Ansatz ohne Beschuldigung“ werden nicht nur Gespräche mit den Betroffenen, sondern auch mit eigens dafür gebildeten Unterstützer/innen-Gruppen geführt. Eine andere verbreitete Methode zur Ermutigung der Schüler/innen, Mobbing aktiv entgegen zu wirken, ist das fairplayer.manual. Eine Sozialpädagogin führte mit dafür ausgebildeten Lehrkräften in den siebten Klassen wöchentlich ein soziales Kompetenztraining gegen Mobbing und für Zivilcourage durch und beschrieb positive Effekte.

„Es kann berichtet werden, dass durch diese Präventionsmaßnahme die Schüler/innen für sich Methoden zur Hand bekommen haben, wie sie schneller bei Mobbingvorfällen reagieren können und Mobbing kein Tabuthema mehr ist. In Feedbackbögen äußerten die Schüler/innen, dass sie für sich gestärkt aus dieser Veranstaltung gehen. Besonders viele Schüler/innen benannten, dass ihnen die Rollenspiele Spaß bereitet haben und ihnen dadurch bewusster geworden ist, dass es mehrere Rollen beim Mobbing gibt und eine Empathie für Mobbingopfer vorhanden ist“ (Y009; 12Y04).

Soziales Lernen in den siebten Klassen wurde neben Mobbing und Cybermobbing auch zu anderen Themen durchgeführt, wie ein Sozialpädagoge aufzählte.

„Medienkompetenz, Sozialverhalten, Klassenklima, Werte und Normen, Akzeptanz und Toleranz von Verschiedenartigkeit, Religiosität (Islam, Christentum, Orthodoxie)“ (Y006; 08Y04).

So konnten die Klassen in Zusammenarbeit mit den Lehrkräften orientiert am jeweiligen Bedarf in ihrem ersten Schuljahr am Gymnasium unterstützt werden.

In einem anderen Projekt wurden auch ältere Schüler/innen bei der Umsetzung von Sozialem Lernen für die neuen Klassen einbezogen. Ein Sozialpädagoge hat dies im Rahmen eines Patenprogramms im Schuljahr 2015/16 neu eingeführt.

„Allen neuen fünften und siebten Klassen sind jeweils vier Oberstufenschüler/innen als „Paten“ zur Seite gestellt. Die Paten unterstützten die Schulsozialpädagogik bei der Durchführung der Klassentage (soziales Lernen), boten mehrmals wöchentlich eine Hausaufgabenbetreuung an und unterstützten die Schüler ihrer Klassen bei der Organisation des Hofspiele-Verleihs“ (Y008; 08Y01).

Im Rahmen dieses Beispiels der Peer-to-Peer-Education wurde so ein lebendiger Austausch über die Klassen- und Altersgrenzen hinweg gefördert und der Gemeinschaftssinn der Schüler/innen gestärkt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Jugendsozialarbeit an Gymnasien stellt die Elternarbeit dar. Neben der intensiven Beratung in Krisen- und Konfliktfällen und damit verbundenen Hausbesuchen und Weitervermittlungen an Fachdienste nehmen die Sozialpädagogen/innen Kontakt zu den Eltern auf, vermitteln zwischen Schule und Eltern und bieten ihnen auch eine offene Beratung an. In diesem Zusammenhang wurden in fünf von neun Sachberichten Elterncafés thematisiert, die unterschiedlich erfolgreich waren. In einem Projekt scheiterte der Neustart eines Elterncafés aufgrund mangelnder organisatorischer Unterstützung durch andere Mitarbeiter/innen der Schule (Y003; 01Y11). In einem anderen Projekt wurde das Café aufgrund rückläufiger Teilnahme zum kulinarischen Elternabend umstrukturiert, der zu Beginn durch eine Kollegin aus dem Ganztage und perspektivisch selbstorganisiert durch die Eltern umgesetzt wird (Y002; 01Y08). Oder gemeinsam mit der Schulleitung wurde entschieden, anstelle der Elterncafés thematische Veranstaltungen für die Eltern zu organisieren. Wie die Jugendsozialarbeit berichtete, waren die Themen Lernen und Pubertät am besten besucht, weniger beliebt war das Thema Sucht (Y007; 12Y01). Klassische Elterncafés gab es in zwei Projekten. Eine Sozialpädagogin war durch ihre interkulturellen Kompetenzen (türkisch, arabisch und kurdisch) eine wichtige Ansprechperson für die Eltern, was im Zusammenhang mit dem etablierten Elterncafé stehen könnte.

„Teilweise stehen die Konflikte im Kontext von kulturellen, traditionellen und religiösen Belangen, auf die die Sozialpädagogin Bezug nehmen kann und in denen sie von den Eltern als kompetent wahrgenommen wird. (...) So findet in regelmäßigen Abständen ein Elterncafé statt, indem Eltern aus jeweils einer Klassenstufe eingeladen werden. Dort können allgemeine und spezielle Fragen zum Schulalltag, zur Erziehung oder sonstigen relevanten Anliegen besprochen werden“ (Y004; 02Y07).

In einem anderen Projekt wurde nach Erweiterung der Öffnungszeiten das Café (noch) erfolgreicher durchgeführt. Die Jugendsozialarbeit gestaltete dieses Angebot zusammen mit einer Lehrkraft mit Migrationshintergrund.

„Die SchulsozialarbeiterInnen haben regelmäßig das Elterncafé durchgeführt. Aufgrund der guten Akzeptanz bei den Eltern, Lehrkräften und der Schulleitung wurden die "Öffnungszeiten" erweitert. Seit den Sommerferien bieten die SchulsozialarbeiterInnen ihre Räumlichkeiten und ihre Präsenz bei Elterncafé (inklusive des Service wie Kaffee und Tee kochen, Kekse und Gebäck servieren, Eindecken und anschließender Abwasch) jeden Donnerstag von 08.30 - 11.30 Uhr an. Durch die Erweiterung der Öffnungszeiten wurden mehr Eltern erreicht, die eher früher (oder später) kommen konnten und auch die Beteiligung der Fachlehrer und der (neuen) Schulleitung hat zugenommen, was eindeutig als Erfolg dieses Projektes zu werten ist. Es wurden viele Fragestellungen und Probleme der Eltern und Schüler besprochen und Ideen und Lösungsmöglichkeiten angeboten. Auch der Kontakt zur Schulleitung und den Fachlehrern wurde intensiviert“ (Y006; 08Y04).

Die Themen Mobbing und Cybermobbing fanden sich im Jahr 2015 auch in der Elternarbeit wieder. So stellte sich die Jugendsozialarbeit den neuen Eltern der 7. Klassen im Rahmen der Elternabende vor und informierte zum Umgang mit (Cyber-)Mobbing an der Schule.

„In Zusammenarbeit mit der Schulleitung und den Klassenlehrern/innen wurde von der Schulsozialpädagogik eine schriftliche Vereinbarung für die Schüler/innen und deren Eltern verfasst, die auf die gesetzlichen Grundlagen und Regeln an unserem Gymnasium bezüglich Handy/Smartphone-Benutzung verweist und ebenso auf die Unterstützung aller Beteiligten zur Möglichkeit der gewaltfreien Kommunikation und für eine friedliche Koexistenz aller am Schulleben Beteiligten. Die konkreten Elternabende zum Thema Cybermobbing/ Medienkompetenz finden im April 2016 statt“ (Y009; 12Y04).

Das Ankommen geflüchteter Jugendlicher zu unterstützen, ist bisher auch vereinzelt an Gymnasien Bestandteil der Jugendsozialarbeit geworden. So stellte sie sich beispielsweise in Willkommensklassen vor und bezog die jungen Geflüchteten in alle offenen Angebote ein. In einem anderen Projekt drehten die Schüler/innen der Willkommensklasse zusammen mit einem Medienpädagogen und dem Sozialpädagogen Filme über ihre Hobbys, Wünsche und Impressionen von der neuen Heimat, die anschließend präsentiert wurden. Es ist davon auszugehen, dass sich die Ziele der Jugendsozialarbeit wie in diesem Projekt zukünftig stärker dem Bedarf entsprechend angepasst bzw. mehr geflüchtete Jugendliche in bestehende Angebote einbezogen werden.

2.6 Jugendsozialarbeit an Beruflichen Schulen

Im Jahr 2015 waren 19 Berufliche Schulen programmteilnehmend. Damit konnte Jugendsozialarbeit aus dem Landesprogramm an rund jeder vierten Schule dieser Schulart in Berlin umgesetzt werden¹⁶.

Die drei wichtigsten Ziele der Jugendsozialarbeit an Beruflichen Schulen laut der Anträge für das Jahr 2015 sind der Abbau von Schuldistanz, die Stärkung sozialer Kompetenzen und des Selbstvertrauens sowie die Verbesserung vorberuflicher Handlungskompetenzen (vgl. Abbildung im Kapitel 2.1).

Besonders die Reintegration schuldistanzierter Jugendlicher und die Stärkung sozialer Kompetenzen bzw. die Beratung bei persönlichen Problemlagen waren in allen Projekten vorrangige

¹⁶ In Berlin gab es im Schuljahr 2015/2016 insgesamt 46 Berufliche Schulen in öffentlicher Trägerschaft (Stand 01.08.2015, Pressemitteilung der SenBJW; online verfügbar unter www.berlin.de/sen/bjw/service/presse/pressearchiv-2015/pressemitteilung.358257.php, 09.05.2016).

Aufgaben der Jugendsozialarbeit, die oft eng miteinander verwoben waren. Der Fokus liegt in den nachfolgenden Beispielen und Beschreibungen auf der Einzelfallarbeit, da diese an den Beruflichen Schulen den wesentlichen Arbeitsansatz darstellt. Darüber hinaus werden an dieser Schulart auch Gruppenangebote vorgehalten, z. B. Projekttag zu Themen wie Glücksspielsucht, Gewalt in sozialen Medien oder Schulden, Begleitungen zu Berufsmessen oder Informationsveranstaltungen außerhalb der Schulen.

Die Schwerpunkte bei der Einzelfallarbeit lagen in der Beratung bei Konflikten und in der Bearbeitung persönlicher Krisen. Oftmals erschwerten die außerhalb der Schule liegenden Problematiken den Schulbesuch und führten zu hohen Fehlzeiten bei den betroffenen Jugendlichen. Teilweise wurde die Jugendsozialarbeit durch Lehrkräfte auf Schüler/innen aufmerksam gemacht, teilweise suchten diese aber auch selbst das Gespräch mit den Fachkräften, um Strategien zum Umgang mit diesen Situationen zu entwickeln. Aufgrund der guten Vernetzung mit den Lehrkräften in der Schule und zu spezialisierten Beratungseinrichtungen in der Region, konnte den Jugendlichen in der Regel schnell und unkompliziert geholfen werden. So vermittelten die Fachkräfte beispielsweise Schüler/innen mit dem Verdacht auf psychische Krisen an die Beratungsstelle Neuland, welche junge Erwachsene in psychischen Krisensituationen betreut. Beispielsweise berichtete eine Sozialpädagogin von einem massiven Krisenfall, den sie durch Vermittlung an eine Beratungseinrichtung der Wohnhilfe sowie zum Sozialpsychiatrischen Dienst und durch eine Begleitung während des ganzen Prozesses beim erfolgreichen Wiedereinstieg in die Schule unterstützen konnte.

„So beriet die Fachkraft eine Schülerin, die aufgrund massiver Probleme im Zusammenhang mit ihrer psychisch kranken Mutter und damit verbundener chaotischer Alltagsfragen immer mehr Fehlzeiten aufwies. (...) Zu Beginn des neuen Schuljahres konnte die Schülerin einen Neustart beginnen und war nun froh, ihr Leistungsvermögen unter Beweis stellen zu können, hatte sie doch in den zurückliegenden Jahren aufgrund von Fehlzeiten und seelischer Belastungen mehrere Versuche, eine Ausbildung zu beenden, nicht geschafft. Auch die Kommunikation insbesondere mit einem Lehrer, welche ihr bisher schwergefallen war, lief nun besser. Auch hierin zeigte sich die gewonnene emotionale Stabilität. Durch die Fachkraft erhielt die Schülerin Bestärkung und konnte sich gut in der neuen Klasse einleben“ (B002; 03B09).

Die Wirksamkeit sozialpädagogischer Unterstützung beim Thema Schuldistanz in Krisenfällen wurde auch in einem anderen Projekt verdeutlicht.

„Beide Fachkräfte haben im Berichtszeitraum Schüler/innen aller Bildungs- und Ausbildungsgänge in Krisen- und Konfliktsituationen beraten. Sie haben vor allem daran gearbeitet, den Schüler/innen zu ermöglichen, den Schulbesuch erfolgreich fortzusetzen bzw. Alternativlösungen erarbeitet. In engem Austausch mit den Lehrkräften und den Schul- und Abteilungsleitungen war es ein zentrales Anliegen der Fachkräfte, die Berücksichtigung sozialpädagogischer Aspekte bei Entscheidungen einzubringen. Auf diese Weise konnten Schüler/innen unterstützt werden, die z. T. hochdramatischen Konfliktsituationen ausgesetzt waren und ohne den Beistand der Fachkräfte das OSZ verlassen hätten. Die Unterstützung zeichnete sich auch dadurch aus, dass die Fachkräfte einerseits sehr verantwortlich mit den vertraulichen Informationen der Schüler/innen umgingen, andererseits aber Wege der Information fanden, die die Lehrkräfte vom Handlungsbedarf überzeugten“ (B002; 06B03).

Weitere Beratungen fanden zu den Themen häusliche Gewalt, Wohnungssuche und Wohnungssicherung, Umgang mit Geld sowie zum Umgang mit Kritik statt. Neben multipler persönlicher Problemlagen liegen die Gründe für schuldistanziertes Verhalten und für Ausbildungsabbrüche über alle Ausbildungsgänge hinweg vor allem in der Unzufriedenheit mit der Berufswahlentscheidung und in noch nicht ausreichend entwickelten sozialen Kompetenzen, was besonders den Bereich „Anforderungen“ und „Umgang mit Kritik“ betrifft. Hauptsächlich in den vollzeitschulischen Bildungsgängen und den Berufsvorbereitungsklassen war Schuldistanz und Schulabbruch ein großes Thema. Viele der dort lernenden Schüler/innen sind volljährig und haben damit ihre Schulpflicht erfüllt. Das machte die Einflussnahme der Schule und die der Eltern schwierig. Oft fehlt diesen Schüler/innen, aufgrund einer nicht vorhandenen Zielorientierung, die Motivation für den Schulbesuch. Über die Beratung im Einzelsetting hinaus führte die Jugendsozialarbeit auch Gruppenangebote zur Stärkung der sozialen Kompetenzen durch. Hier

standen besonders Teambuilding-Angebote, in Kooperation mit den Lehrkräften und externen Anbietern, im Vordergrund. So wurden Angebote zur Stärkung der Klassengemeinschaft, Teamtage im Niedrigseilgarten oder Drachenbootfahrten durchgeführt. Beispielsweise konnte zum Beginn des neuen Schuljahrs an einer Schule durch die Jugendsozialarbeit eine „KennlernWoche“ organisiert werden. Über Angebote zum Teambuilding konnten sich die Schüler/innen untereinander bekannt machen und sich über die Schule und Ansprechpartner/innen informieren. Daran nahmen auch Mitarbeiter/innen von Krankenkassen, Polizei, oder Jugendfreizeiteinrichtungen teil, die ebenfalls ihre Angebote vorstellten.

„Die teilnehmenden Schüler/innen hatten hierbei u.a. die Gelegenheit zur Selbstreflexion, Erkennen und Vertiefung individueller Kompetenzen, Stärkung des Selbstvertrauens und Erweiterung bereits vorhandener Kompetenzen. Beide Angebote fanden bei Schüler/innen als auch bei den beteiligten Lehrkräften großen Zuspruch“ (B013; 11B04).

Zur Verbesserung der vorberuflichen Handlungskompetenzen unterstützte die Jugendsozialarbeit durch ein breitgefächertes Beratungsangebot. In Einzelgesprächen wurden beispielsweise Themen zur richtigen Berufswahl, zur Praktikumsuche, zu Stärken und Schwächen behandelt, aber auch schulische, familiäre und soziale Problemlagen erörtert und bei Bedarf individuelle Handlungskonzepte entwickelt. Beispielsweise erarbeiteten die Fachkräfte an einer Schule eine Präsentation zum Thema „Freiwilligendienst“. Dies diente einigen Schülern/innen als neue Option, aufgrund noch ungeklärter beruflicher Vorstellungen, während des Freiwilligendienstes nach einer neuen beruflichen Perspektive zu suchen.

Bei der Berufswahlberatung erhielten die Fachkräfte Unterstützung durch die Berufsberater/innen der Arbeitsagentur. Diese bieten mittlerweile an vielen Schulen regelmäßige Sprechstunden an und informieren die Schüler/innen über mögliche berufliche Perspektiven und Fördermöglichkeiten.

Zusammen mit Lehrkräften führte die Jugendsozialarbeit Bewerbungscoachings für Klassen durch. Dabei wurden Bewerbungsunterlagen erstellt und überarbeitet sowie Bewerbungsgespräche simuliert. Besonders eng kooperierten die Fachkräfte auch mit den Fachpraxislehrern/innen bei der Praktikumsbetreuung. Gemeinsam wurden mit den Schülern/innen Praktikumsstellen akquiriert, Vor-Ort-Besuche in den Praktikumsbetrieben durchgeführt und anschließend individuell oder im Klassenrahmen ausgewertet. Die Jugendsozialarbeit unterstützte intensiv einzelne Jugendliche bei der Praktikumsuche.

„Gerade für die Schüler/innen, welche Schulmüdigkeit und Schuldistanz aufwiesen, bot das Praktikum die Möglichkeit einen alternativen Zugang zu einer Ausbildung zu bekommen. Hierzu wurden in Einzelgesprächen mögliche Berufsszenarien entwickelt und bisherige Erfahrungen in der Arbeitswelt diskutiert. (...) Dazu wurde erst einmal die Basics des Bewerbungsverfahrens für ein Praktikum geübt (Bewerbungsunterlagen aufbessern, Stellensuche, Üben von Telefongesprächen). Die Schüler/innen benötigten hier eine enge Unterstützung, da sie viel Unsicherheit auf diesem Gebiet aufwiesen. Es war sehr auffällig, dass die Schüler/innen sich sehr schwer mit selbstständigen Arbeitsaufträgen taten. Es musste explizit jeder einzelne Teilschritt geübt werden und dann zusammen umgesetzt werden. Dies war ein sehr zeitintensiver Prozess. Hinzu kam, dass die Schüler/innen zwischenzeitlich die Motivation verloren. Durch ihre gewohnheitsmäßige Schuldistanz gab es immer wieder Pausierung des Prozesses“ (B006; 04B03).

An einer Schule entstand in diesem Zusammenhang ein Konzept zum Thema „Fit ins Praktikum“, welches den Lehrern/innen für die Unterrichtsgestaltung zur Verfügung steht. Durch das Praktikum kam es bei einigen Jugendlichen zu einer Veränderung der Berufswahlentscheidung. Die Jugendsozialarbeit war, aufgrund der engen Begleitung und der Vernetzung mit Bildungsträgern in der Lage, eine entsprechende Beratung für eine alternative Berufswegeplanung anzubieten und passende Anschlussperspektiven aufzuzeigen.

Mit der Einrichtung von Willkommensklassen an den Beruflichen Schulen standen diese, sowie die Lehrkräfte und die Sozialpädagogen/innen, im Jahr 2015 vor gänzlich neuen Herausforderungen.

„Kurzfristig und tatsächlich überraschend verlagerte sich der Schwerpunkt meiner Arbeit im Monat Mai 2015 auf die ersten beiden sogenannten Willkommensklassen. (...) Mit diesen Klassen im Zusammenhang steht ein auffälliger und saisonal ungewöhnlicher Anstieg der Kooperation mit dem 13. Beratungszentrum (...), sowie mit „Eltern“ – hier genauer in der Regel die Vormünder der oft unbegleiteten Jugendlichen oder, soweit diese noch nicht vorhanden waren, den betreuenden Erzieher/innen in den Jugendhilfeeinrichtungen“ (B007; 11B01).

Der nicht vorhandene „Schülerstatus“, die verschiedenen Nationalitäten sowie die in kultureller, sprachlicher und schulischer Vorbildung sehr unterschiedlichen Voraussetzungen, erschwerten die Arbeit mit den Geflüchteten. Dennoch gelang es, das „Willkommen“ im Begriff Willkommensklasse mit Leben zu erfüllen.

„In diesem Zusammenhang bereitete eine vollschulische Ausbildungsklasse unter Anleitung der Lehrerinnen und Lehrer und SchulWork den ersten Schultag der Willkommensklassen vor. Dafür wurde ein Willkommensplakat erstellt, ein internationales Frühstück angeboten, eine Begrüßungsrede von einer Schülerin und einem Schüler der vollschulischen Ausbildungsklasse gehalten, Willkommensgeschenke mit Schulmaterialien und Süßigkeiten verteilt und gemeinsam Teamspiele, bei denen Sprachkenntnisse nicht so entscheidend sind, in der Sporthalle durchgeführt. Um sprachliche Barrieren an diesem Tag zu überwinden, dolmetschten jeweils eine Schülerin und ein Schüler aus einer vollschulischen und eine Schülerin und ein Schüler aus einer dualen Ausbildungsklasse“ (B011; 04B06).

Auch mit der Einzelfallangeboten unterstützten die Sozialpädagogen/innen die Schüler/innen aus den Willkommensklassen bei der Orientierung in Schule und Unterricht, durch Informationen über berufliche Möglichkeiten oder durch die Vermittlung an weiterführende Hilfsangebote. Als besonders schwierig erwiesen sich dabei die vorhandene Sprachbarriere sowie die komplexen Problemlagen der Geflüchteten. Unterstützung erhielten die Fachkräfte dabei durch externe Einrichtungen oder ehrenamtlich arbeitende Personen, die über entsprechende Sprach- und Fachkompetenzen verfügen.

2.7 Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben

Die Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben umfasst die Themenbereiche Schuldistanz und Arbeit mit neu zugewanderten Schülern/innen ohne deutsche Sprachkenntnisse. Dies findet sich auch in den Schwerpunktsetzungen in den Anträgen 2015 wieder. Die Reduzierung von Schuldistanz und die Stärkung sozialer Kompetenzen werden jeweils in 91 % der Anträge als Ziel benannt, die Einbindung der Eltern und die Stärkung der Erziehungskompetenzen sogar in jedem Antrag (vgl. Abbildung Kapitel 2.1).

Besondere Aufgabe: Reduzierung von Schuldistanz und Unterstützung der beruflichen Orientierung

Vier Projekte der Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben richteten sich primär an schuldistanzierte Jugendliche aus Integrierten Sekundarschulen (ISS). Mit dem Schwerpunkt berufliche Orientierung wurde im Jahr 2011 ein weiteres Projekt eingerichtet (Z004). Mittlerweile ist die Minderung von Schuldistanz auch hier vermehrt Thema der Jugendsozialarbeit geworden. Folgende Tabelle zeigt einen Überblick, an welchen Schulen die Fachkräfte im Jahr 2015 aktiv waren.

Nr. ¹⁷	Träger	Bezirk	Stellen	seit	Verortung und Schulzuständigkeiten laut Sachberichte 2015
Z002	Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH	Pankow	1	10.2011	Gustave-Eiffel-Schule (03K04)
Z003	JaKuS gGmbH	Tempelhof-Schöneberg	1	10.2011	Theodor-Haubach-Schule (07K04), Solling-Schule (07K05)
Z004	Neuköllner Netzwerk Berufshilfe e. V.	Neukölln	1	10.2011	Hermann-von-Helmholtz-Schule (08K02), Alfred-Nobel-Schule (08K11), Kepler-Schule (08K12)
Z005	Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.	Lichtenberg	1	10.2011	Schule-am-Rathaus (11K06)

**Verortung der Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben im Jahr 2015:
Reduzierung von Schuldistanz und Unterstützung der beruflichen Orientierung**

Konkrete Angebote zur Reduzierung von Schuldistanz waren die Umsetzung einer temporären Lerngruppe an einer Schule sowie Einzelberatungen und Case Management für Jugendliche an mehreren Schulen. Aufsuchende Elternarbeit spielte dabei eine besondere Rolle, wie in einer Zielbeschreibung hergeleitet wurde.

„In verschiedenen Fällen hat sich gezeigt, dass eine intensive aktivierende Elternarbeit zielführender ist, als eine Einzelarbeit mit dem schuldistanten Kind/Jugendlichen“ (Z003; Tempelhof-Schöneberg; hier: Zielbeschreibung).

Die Elternarbeit in diesem Projekt fokussierte dabei besonders die jüngeren Jahrgangsstufen der ISS, da ab der 9. Klasse der Einfluss der Eltern abnehme. Die beiden Fachkräfte in diesem Projekt verfügten über Zusatzausbildungen in systemischer Therapie und beschrieben im Sachbericht detailliert den Beratungsprozess.

„Wesentliche Ziele in unserer Arbeit mit den Eltern waren die Erwirkung einer Kompetenzerweiterung und die Unterbrechung dysfunktionaler Erziehungsmuster, da nur durch diese Maßnahmen unsere Arbeit mit schuldistanten Kindern und Jugendlichen auch über unsere Betreuungsphase hinaus dauerhaft wirksam sein kann. (...) Darüber hinaus wurden die Eltern, soweit dies möglich war, aktiv in die Betreuungsphase mit eingebunden, z. B. durch ihre Mitwirkung bei der Erstellung und Umsetzung von Förderplänen mit konkreten Aufgabenstellungen, wie Hospitation, Umsetzung und Überprüfung der Förderziele etc. Eine Vorbereitung und Begleitung der Eltern bei schulischen Ordnungsmaßnahmen, wie Klassenkonferenzen, waren ebenso Teil unserer Arbeit, wie auch unsere Teilnahme an oder auch unsere Initiierung von Hilfekonferenzen an der Schule oder im Jugendamt. Wenn wir den Eindruck gewannen, dass unsere Strategien und Angebote nicht ausreichend waren, stellten wir Überleitungen zur EFB her oder regten die Familie zu weiterführenden psychotherapeutischen Angeboten an“ (Z003; Tempelhof-Schöneberg).

Die Einbindung der Erziehungsberechtigten ins Case Management zur Klärung von Schuldistanz stellt auch laut einem anderen Projekt eine Herausforderung dar.

„Die Eltern in das Case Management mit einzubeziehen, ist gerade in besonders starken Fällen der Schulverweigerung ein dringliches Anliegen. Leider zeigt die Erfahrung: je manifestierter die Verweigerungshaltung bei dem Schüler bzw. der Schülerin ist, desto schwieriger gestaltet sich der Kontakt zu den Eltern“ (Z005; Lichtenberg).

Es waren daher eine hohe Professionalität und kontinuierliche Beziehungsarbeit nötig, um gemeinsam mit den Eltern eine Reintegration des/r Schülers/in ermöglichen zu können. Über die individuelle Unterstützung von Jugendlichen und deren Familien hinaus gelang es in den Projekten vereinzelt auch Gruppenangebote zu installieren. Im Jahr 2015 wurde beispielsweise eine Koch-AG fortgesetzt, die bei Jugendlichen großen Anklang fand und in drei Gruppen wöchentlich durchgeführt wurde. Teilnehmen konnten alle Schüler/innen, denn der Beziehungsaufbau in der täglichen Arbeit wird als wichtiger Baustein beschrieben, um Schuldistanz

¹⁷ Das Projekt Z001 konnte ab 01.2015 in eine reguläre Stelle der Jugendsozialarbeit an der Ellen-Key-Schule (ISS; nun Projekt K062) umgewandelt werden.

reduzieren zu können. Mittlerweile sei die Jugendsozialarbeit so bekannt, dass Jugendliche das Projekt bei schulischen Verweigerungstendenzen selber aufsuchen. Ein ähnliches Gruppenangebot für geflüchtete Kinder und Jugendliche in den Willkommensklassen konnte jedoch nicht etabliert werden. Das Essen unbekannter Speisen, eine ungewohnte Art der Zubereitung, die Essensgemeinschaft mit Fremden und das anschließende gemeinsame Geschirrspülen durch sowohl Jungen als auch Mädchen wurden als Herausforderungen genannt, die zum Scheitern dieses Projekts führten. Die Fortsetzung der Koch-AG für die Willkommensklassen wurde daher von der Kooperationschule nach den Sommerferien nicht mehr angefragt (Z005; Lichtenberg).

Besondere Aufgabe: Unterstützung von neu zugewanderten Schülern/innen ohne Deutschkenntnisse

Acht weitere Projekte der Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben richteten sich primär an neu zugewanderte Kinder und Jugendliche ohne deutsche Sprachkenntnisse. Diese Kinder und Jugendlichen werden häufig im Rahmen spezieller temporärer Lerngruppen oder Willkommensklassen beschult und an das Regelschulsystem herangeführt. Ursprünglich wurden im Jahr 2011 vier Projekte eingerichtet, um Schülern/innen aus Familien mit Sinti- oder Roma-Hintergrund zu unterstützen. Im Jahr 2014 wurde die Zielgruppe der Jugendsozialarbeit auf „neu zugewanderte Schüler/innen ohne Deutschkenntnisse“ erweitert, da dies dem Bedarf an den Schulen entsprach. Häufig konnte ein Sinti- oder Roma-Hintergrund nicht eindeutig bestimmt werden und es fanden sich in den entsprechenden Lerngruppen auch Kinder anderer Herkunft mit Unterstützungsbedarf. Weitere Stellen konnten in den vergangenen zwei Jahren 2014 und 2015 eingerichtet werden, da die Zahl der Willkommensklassen stark angestiegen ist. Im Jahr 2015 waren die 7,5 Stellen der Jugendsozialarbeit folgendermaßen verteilt.

Nr.	Träger	Bezirk	Stellen	seit	Verortung und Schulzuständigkeiten laut Sachberichten 2015
Z006	RAA Berlin e. V.	Mitte	1	10.2011	Wedding-Grundschule (01G31), Humboldthain-Grundschule (01G35), Willy-Brandt-Schule (01K01)
Z007	RAA Berlin e. V.	Friedrichshain-Kreuzberg	1	10.2011	11 Grundschulen, 3 Integrierte Sekundarschulen, 1 Gemeinschaftsschule, Jugend- und Schulamt
Z008	CJD Berlin-Brandenburg	Spandau	1	10.2011	Robert-Reinick-Grundschule (05G11)
Z009	LebensWelt gGmbH	Neukölln	1	10.2011	Rixdorfer-Grundschule (08G01)
Z011	JaKuS gGmbH	Tempelhof-Schöneberg	1	08.2014	Kiepert-Grundschule (07G28)
Z012	RAA Berlin e. V.	Lichtenberg	1	05.2014	Adam-Ries-Schule (11G06), Schule am Breiten Luch (11S08)
Z013	RAA Berlin e. V.	Lichtenberg	1	01.2015	Schule am Grünen Grund (11S05), Filiale in der Erstaufnahmeeinrichtung Herzbergstraße
Z014	Kietz für Kids Freizeitsport e.V.	Lichtenberg	0,5	08.2015	Barnim-Gymnasium (11Y09)

**Verortung der Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben im Jahr 2015:
Unterstützung von neu zugewanderten Schülern/innen ohne Deutschkenntnisse**

Hauptsächlich erfolgte in den Projekten eine Beratungsarbeit für diese Zielgruppe an ein bis drei festgelegten Schulen mit hohem Bedarf, in Friedrichshain-Kreuzberg bezirkswweit. Die Unterstützung und Einbindung der Eltern stellte dabei neben der Stärkung der Sozialkompetenzen

der Schüler/innen einen Schwerpunkt der Jugendsozialarbeit im Jahr 2015 dar. Die Fachkräfte nahmen Kontakt zu den Familien auf, übersetzten und erläuterten im Schulalltag, begleiteten bei Behördenanträgen oder Arztterminen und vermittelten in weiterführende Unterstützungsangebote. Es wurde berichtet, dass die Sozialpädagogen/innen teilweise unverzichtbar gewordene Mittler/innen zwischen den Eltern und der Schule geworden sind. Die Eltern verhaltensorientierter Kinder wurden beispielsweise zur Mitwirkung an einem entwicklungspädagogischen Projekt überzeugt.

„Nur durch unsere Beratung waren die Eltern einverstanden, dass ihre Kinder an diesem Projekt teilnahmen. In diesem Projekt hatten die Eltern sehr oft Gespräche mit der Sozialarbeiterin, der Sonderpädagogin, der Integrationserzieherin und dem Jugendamt. Wir berieten und erklärten den Eltern die Ziele und Maßnahmen der Hilfeplanung. Wir waren immer dabei, weil die Romaeltern ohne uns keine Gespräche in der Schule durchführen wollten“ (Z006; Mitte).

Die Sozialpädagogen/innen arbeiteten fallbezogen eng mit Lehrkräften, Fachkräften der Unterkünfte und weiteren außerschulischen Partnern zusammen. In einem Projekt konnte sogar ein wöchentliches Treffen initiiert werden, an dem die Lehrkräfte der Willkommensklassen, eine Lehrerin mit Schnittstellenfunktion, die Schulleitung und die Jugendsozialarbeit teilnahmen.

Der hohe Anstieg geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Berlin im Jahr 2015 war auch in den Projekten spürbar. Die Sprachmittlung für die Familien konnte teilweise durch die Sozialpädagogen/innen oder weitere Mitarbeiter/innen des Trägers übernommen werden, was aufgrund des berlinweit hohen Bedarfs an Übersetzerdiensten sehr hilfreich war. Eine Sozialpädagogin betonte, dass dabei vielmehr

„Dolmetschen nicht die einzige Aufgabe war, sondern auch die Eltern zu motivieren an den Gesprächen teilzunehmen, sich zu beteiligen und die Lösung des Problems mitzugestalten“ (Z012; Lichtenberg).

Im Neuköllner Projekt lag ein Schwerpunkt der Jugendsozialarbeit auf der Integration vieler syrischer Familien in die Schule. In einem Lichtenberger Projekt wurde von der Zunahme afghanischer Familien insbesondere gegen Ende des Jahres berichtet, die teilweise hochmotiviert und interessiert waren, aber oft auch geringe Schulerfahrungen und schwere Traumatisierungen mitbrachten. Diese spiegelten sich im Verhalten der neuen Schüler/innen unter anderem

„durch Schwierigkeiten im sozialen Umgang mit Anderen, Nicht-Zuhören-Können, Nicht-Konzentrieren-Können, "Wegdriften", Lernschwierigkeiten, Neigung zu selbstverletzendem Verhalten u. v. m.“ (Z013; Lichtenberg).

Die Unterstützung der neu zugewanderten Schüler/innen und deren Familien sowie die enge Zusammenarbeit mit den Lehrkräften und traumatherapeutischen Fachkräften bleibt eine wichtige Aufgabe der Jugendsozialarbeit im neuen Jahr.

Über die Beratung der Eltern und Erziehungsberechtigten im Einzelsetting hinaus gab es auch vereinzelt Gruppenangebote. Im Spandauer Projekt wurde das etablierte interkulturelle Frühstück für Eltern der Willkommensklassen monatlich fortgesetzt, abwechselnd in einer Gemeinschaftsunterkunft und in der Schule (Z008; Spandau). In einigen Schulen gab es auch gut funktionierende Elterncafés, so konnten beispielsweise die neu zugewanderten syrischen Familien in der Neuköllner Schule in ein bestehendes Café der Stadtteilmütter an der Schule eingebunden werden.

„So wurde es ihnen ermöglicht, in einem ungezwungenen Rahmen trotz immenser Sprachbarrieren und kulturellen Unterschieden, sich mit anderen Eltern auszutauschen, und ihre Fragen an die Sozialarbeiter/innen vor Ort zu stellen, die ihnen mit ihrem kulturellen und sprachlichen Verständnis zu Seite standen“ (Z009; Neukölln).

In anderen Projekten wurde die Idee eines Elterncafés für die Geflüchteten aufgrund der Bedarfslage und der Prioritätensetzung der Jugendsozialarbeit verworfen.

„Sowohl Eltern als auch die Kinder zeigen zum Teil eine "Angebotsmüdigkeit", da es im Wohnheim bereits viele Möglichkeiten des Austauschs und der Aktivität gibt“ (Z011; Lichtenberg).

Der Fokus der Jugendsozialarbeit lag also vermehrt darauf, die neu zugewanderten Schüler/innen und deren Eltern in bestehende Angebote und Strukturen an den Schulen einzubinden, statt zusätzliche Formen für diese Zielgruppe neu zu installieren. So erfolgte auch die Anbindung der Kinder und Jugendlichen an die Regelklassen durch Patenmodelle, durch Hospitationstage, durch gemeinsamen Unterricht oder außerschulische Aktivitäten zwischen den neu zugewanderten Schülern/innen und den Kindern und Jugendlichen der Regelklassen.

2.8 Zusammenfassung und Ausblick

Die Projekte der Jugendsozialarbeit haben sich im Jahr 2015 weiter etablieren können und waren ein wichtiger Bestandteil der knapp 250 Schulen im Programm. Sie haben ihre Netzwerke in der Schule und im Sozialraum weiter ausgebaut und relevante Kooperationspartner eingebunden. Die Jugendsozialarbeit zeichnete sich weiter durch eine hohe Vielfalt an Umsetzungsvarianten aus, die sich am jeweiligen Bedarf der Schulen bzw. der Schüler/innen orientierten.

Durch Patenmodelle, Projekträume, Schülerparlamente oder andere partizipative Angebote haben die Schüler/innen weitere Möglichkeiten erhalten, sich am Schulleben zu beteiligen, ihre Ideen einzubringen sowie jüngere oder neu zugewanderte Kinder bei ihrem Ankommen an der Schule zu unterstützen.

Thematisch beschäftigten sich die Sozialpädagogen/innen insbesondere an Grundschulen und Gymnasien vermehrt mit dem Thema Mobbing im virtuellen Raum und unterbreiteten sowohl den Schülern/innen als auch den Eltern entsprechende, mit der Schule abgestimmte Angebote. Ein wichtiger Bestandteil der Jugendsozialarbeit sind neben sozialpädagogischen Gruppenangeboten auch Einzelfallberatungen. Hierbei wurde im Jahr 2015 mehrfach auf die Zunahme des Themas psychische Krisen, besonders an Beruflichen Schulen, hingewiesen.

Neben Herausforderungen fachlicher Art wurden vereinzelt auch strukturelle Stolpersteine genannt. Weiterhin waren es insbesondere Personalwechsel, auf Seiten der Jugendsozialarbeit, der Schulleitung oder im Tandem/Tridem, die dazu führten, dass Vorgehensweisen neu abgestimmt und Absprachen neu ausgehandelt werden mussten. Darüber hinaus stand im Jahr 2015 das Thema Flucht auch für die Jugendsozialarbeit im Zentrum. Es gelang an vielen Orten bereits, die jungen Geflüchteten in bestehende Angebote zu integrieren und somit Verbindungen zu den anderen Schülern/innen herzustellen. In einigen Projekten waren die Veränderungen so groß, dass sich auch die Arbeitsschwerpunkte der Jugendsozialarbeit gänzlich verschoben. Hilfreich war hier die Zusammenarbeit mit externen Kooperationspartnern, u. a. mit dem Präventionsteam der Polizei, sowie die enge Kooperation mit den Lehrkräften der Willkommensklassen. Auch wenn einige Schulen selber keine geflüchteten Kinder und Jugendlichen aufnahmen, konnten die Schüler/innen für das Thema Zuwanderung und Flucht sensibilisiert werden.

Es ist zu erwarten, dass die zunehmende Verankerung und Ausweitung der Projekte der Jugendsozialarbeit an den Berliner Schulen auch künftig dazu führen wird, dass situativ bedingt neue Themen und Schwerpunkte mit bearbeitet werden und die Angebotspalette entsprechend erweitert wird, ohne dass dabei etablierte Standards und das Selbstverständnis von Jugendsozialarbeit beeinträchtigt werden. Die zusätzlichen Projekte, Ansätze und Kooperationen im Rahmen des Programms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ zum Thema Flucht haben dies im Jahr 2015 deutlich gemacht.

3 Programminterne Fortbildung

Um die fachliche Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule zu stärken, ist eine verbindliche Fortbildung als sogenannte Tandem- bzw. Tridem-Fortbildung ein fester Bestandteil des Programms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“. Regelmäßig sind die eingesetzten Sozialpädagogen/innen aller Schularten gemeinsam mit den Kooperationslehrern/innen einer Schule (Tandem-Fortbildung) bzw. bei Projekten an Grundschulen zusätzlich mit den Erziehern/innen der ergänzenden Förderung und Betreuung (Tridem-Fortbildung) verpflichtet, an den programminternen Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen. Die programminterne Fortbildung wird in einem Rahmenvertrag zwischen der Stiftung SPI Programmagentur (als Auftraggeberin) und dem Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB; als Auftragnehmer) in Kooperation mit der Regionalen Fortbildung Berlin für Lehrer/innen seit dem Jahr 2010 geregelt und jährlich neu vereinbart. Zur Finanzierung werden Mittel in Höhe von 1 % der Gesamtpersonalkosten für die Sozialpädagogen/innen des Programms in einem Fortbildungspool gebündelt. Die Inhalte und Ergebnisse aller im Jahr 2015 stattgefundenen Veranstaltungen wurden auf der Grundlage einer einheitlichen Dokumentationsvorlage von den Fortbildnerinnen und Fortbildnern zusammengefasst und zur Auswertung an die Programmagentur übermittelt. Ebenfalls erhielt die Programmagentur die entsprechenden Teilnehmerlisten.

Die programminterne Fortbildung wurde im Jahr 2015 in Form von sowohl schulartspezifischen als auch schulartübergreifenden Fachtagungen sowie regionalen Veranstaltungen für die Tandems bzw. Tridems durchgeführt. Je nach Anzahl der Programmteilnehmer/innen pro Schulart sind die regionalen Veranstaltungen wie folgt organisiert: sechs Regionen für die Tandems der Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien, vier Regionen für die Tandems der Förderzentren, sieben Regionen für die Tridems der Grundschulen und eine regionsübergreifende Gruppe für die Tandems der Beruflichen Schulen. Über die Fortbildungstermine und -programme wurden die teilnehmenden Tandems und Tridems sowohl per Rundmail als auch über die Internetseiten des Programms (www.spi-programmagetur.de) informiert. Die Fachkräfte an den Grundschulen erhielten darüber hinaus eine Einladung auf dem Postweg.

Am 25. und 26.11.2015¹⁸ fand der 6. Schulartübergreifende Tandem/Tridem-Fachtag im FEZ Berlin mit dem Titel „Aufwachsen in Wohlergehen / Bildungsgerechtigkeit schaffen“ statt. Den Eingangsvortrag zur „Zur Lage von Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen – Zur Lebenslage armer Familien in Berlin“ hielt Claudia Laubstein vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt am Main. Im Anschluss daran konnten die Teilnehmenden frei wählen, ob Sie sich durch einen Vortrag, Impulsangebote oder Schulbeispiele mit dem Thema vertieft beschäftigten. Am Nachmittag standen insgesamt zehn Workshops zur Auswahl. Zu den Favoriten der Tandems und Tridems gehörten:

- Das kleine 1 x 1 der Gesundheitsförderung in der Grundschule
- Psychische Gesundheit und Belastungsfaktoren
- Sozial Kompetenzen – mit Spaß im Schulalltag erwerben!
- Interventionsmöglichkeiten im Umgang mit Mobbing an Schulen
- Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket für Schüler/innen
- Geflüchtete Kinder und Jugendliche – Herausforderungen und Chancen kultureller Vielfalt in der Schule

In der folgenden Tabelle sind neben dem beschriebenen Fachtag alle weiteren Fortbildungsangebote im Jahr 2015 im Überblick dargestellt.

¹⁸ Da von über 600 Teilnehmenden auszugehen war, wurde dieser Tandem-/Tridem-Fachtag an zwei Tagen hintereinander mit identischem Ablauf angeboten; einmal für alle Schulstandorte aus dem Berliner Norden und einmal für alle Schulstandorte aus dem Berliner Süden.

		Integrierte Sekundarschulen gemeinsam mit den Gymnasien		Förderzentren		Grundschulen		Berufliche Schulen	
SFBB, Regionale Fortbildung		Frau Hellmuth-Preß, Frau Wagnitz-Brockmüller		Frau Wiedmann, Herr Matthias		Frau Wiedmann, Frau Haupt		Frau Hellmuth-Preß, Frau Wagnitz-Brockmüller	
Veranstaltung:		Termin	Thema	Termin	Thema	Termin	Thema	Termin	Thema
regionale schulartspezifische Fortbildungsangebote		24.02. - 19.03.	Umgang mit drogenkonsumierenden Jugendlichen Teil 2: Gesprächsführung mit jugendlichen Drogenkonsumenten/innen	17.02. - 24.03.	Umgang mit psychisch kranken Eltern	24.02. - 19.03.	Gewaltfreie Kommunikation – Methodentraining mit praktischen Beispielen aus dem Schulalltag	18.03.	Interkulturelles Konfliktmanagement mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Teil 1
		05.05. - 11.06.	Konstruktiver Umgang mit Konflikten im Schulalltag			09.09. - 14.10.	Was uns bewegt: Expertenrunden Nr. 2 Fragen und Probleme rund um die Jugendsozialarbeit an der Schule	20.05.	Essstörungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen
		22.09. - 08.10.	Essstörungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen	16.09.- 23.09.	Schuldistanz			07.10.	Interkulturelles Konfliktmanagement mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Teil 2
über- regionale Fort- bildungs- angebote	schulart- spezifisch					04.06.	Grundschul-Tridem-Fachtag Im Ganztage unterwegs: Im Team gute Orte für Kinder gestalten		
	schulart- übergreifend ¹⁹	25./26.11.	Schulartübergreifender Fachtag zum Thema Aufwachsen in Wohlergehen / Bildungsgerechtigkeit schaffen						

Übersicht der programminternen Fortbildungsveranstaltungen im Jahr 2015

¹⁹ Die schulartübergreifenden Veranstaltungen werden von Frau Hellmuth-Preß und Frau Wagnitz-Brockmüller durchgeführt.

4 Sofortmaßnahme Flüchtlinge

4.1 Ziel und Umfang

Im Rahmen der „Sofortmaßnahme Flüchtlinge“ wurden vom 01.08.2015 bis 31.12.2015 von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Mittel für zusätzliche 26 Stellen zur Verfügung gestellt. Ziel sollte dabei die sozialpädagogische Unterstützung und Integration von Kindern und Jugendlichen aus geflüchteten Familien sein. Umgesetzt werden diese Stellen im Rahmen des Programms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“.

Die Einrichtung der insgesamt 26 Stellen erfolgte bedarfsorientiert. Die Verteilung auf die Bezirke durch die SenBJW orientierte sich an der Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse. Dabei berücksichtigt wurden die bereits im Jahr 2012 eingerichteten Stellen für die Lerngruppen (Z-Stellen zur „Unterstützung von neuzugewanderten Schülern/innen ohne Deutschkenntnisse“).

Die Berliner Bezirke erhielten folgende zusätzlichen Stellen:

- je 1 Stelle: Spandau, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg
- je 2 Stellen: Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg, Neukölln
- je 3 Stellen: Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf
- je 4 Stellen: Mitte, Reinickendorf

Weitere zwei Stellen wurden für die beruflichen Schulen zur Verfügung gestellt. Die Verortung und Anbindung der Stellen erfolgte ebenso wie die Auswahl des freien Trägers der Kinder- und Jugendhilfe in bezirklicher Verantwortung (bzw. durch die SenBJW bei beruflichen Schulen).

4.2 Finanzierung

Entsprechend der Konditionen im Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ waren im Rahmen der Sofortmaßnahme folgende Kosten im Zeitraum 01.08. bis 31.12.2015 förderfähig:

- Personalkosten für eine/n Sozialpädagogin/en: im Rahmen des bewilligten Stellenanteils bis max. TV-L Berlin E9, inklusive der Umlagen 1 und 2 sowie Insolvenzgeldumlage
- Berufsgenossenschaftsbeiträge der im Programm beschäftigten Mitarbeiter/innen
- Regiekosten für die Träger
- Projektkosten für Sachmittel und Fortbildungen
- Kosten für die programminterne Tandem-/Tridem-Fortbildung

Im Sinne eines Anschubs wurde allen Projekten ein pauschales Starterpaket zur Verfügung gestellt (in Höhe von 2.500 Euro pro Stelle), um entstandene Kosten für die mobile Ausstattung der Fachkräfte anteilig zu decken. Entsprechend des mobilen Auftrags der Stellen fielen Kosten für Investitionen und Anschaffungen wie Handy und Laptop sowie Fahrtkosten für Dienstreisen zwischen den Schulen und Gemeinschaftsunterkünften an. Für die Arbeit mit Geflüchteten wurden zudem Honorare für Dolmetscher, Therapeuten etc. bezahlt. Aufgrund der Unklarheit des Arbeitsauftrages in den Bezirken und den Anforderungen, die die Arbeit mit den Geflüchteten an die Fachkräfte stellt, konnten auch zusätzliche Kosten für Coachings u. ä. anfallen, die durch die regulären Sachkosten nicht abgedeckt wurden.

Da die Ressourcen ab dem 01.08.2015 zur Verfügung standen, wurde in Abstimmung mit der SenBJW entschieden, dass die Projekte bei einem späteren Beginn der Projektarbeit mit einem größeren Personaleinsatz beginnen konnten. Dabei ging es darum, den anfänglich hohen Bedarf an Abstimmung, Vernetzungs- und Koordinationsaufgaben (ggf. auch durch bereits beim Träger tätige Personen) bewältigen zu können, um Angebote für die Schüler/innen schnell zu etablieren. Der bewilligte Stellenanteil ab August 2015 wurde dabei nicht überschritten.

4.3 Verteilung und Verortung

Die meisten Bezirke haben sich gegen eine Vergabe an eine einzelne Schule entschieden. Die Stellen wurden gebündelt oder übergreifend an Koordinierungsstellen oder andere bestehende Netzwerke zur Unterstützung von geflüchteten Kindern im Bereich Schule angebunden, um auf aktuelle Bedarfe flexibel reagieren zu können (Nachsteuerung). Bei der Aufteilung wurde sich an dem Alter der Schüler/innen (Grund-/Sekundarstufe) oder an regionalen Kriterien (Sozialräume in den Bezirken) orientiert. Die Stellenverteilung erfolgte nach folgenden vier Varianten:

- zuständig für bestimmte Schularten (Mitte, Reinickendorf)
- zuständig für bestimmte Regionen (Charlottenburg-Wilmersdorf, Steglitz-Zehlendorf)
- zuständig für bestimmte Schulen (Spandau, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg sowie die Stellen für die beruflichen Schulen)
- zuständig für den gesamten Bezirk (Pankow, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg)

Bei der Auswahl der Träger wurde darauf geachtet, dass sie über Erfahrungen in der Arbeit mit der Zielgruppe und/oder am Standort der Schulen mit Willkommensklassen verfügen. Bis auf eine Ausnahme (Mittelhof e. V.) handelte es sich um Träger, die bereits im Programm aktiv sind. Dies war in den meisten Bezirken ein weiteres Auswahlkriterium. Diese Träger konnten die bisherigen Standorte vorerst als „Ausgangspunkt“ für ihre neuen Stellen nutzen.

Neun Projekte haben bereits im September mit der Arbeit begonnen, fünf weitere im Oktober. Lediglich zwei Projekte konnten erst im November mit der Umsetzung starten.

Bezirk	Träger	Stellen	Nr.	Verortung und Schulzuständigkeiten laut Sachberichte 2015
Mitte	gss Schulpartner GmbH	2	Z017	Sprachförderzentrum; alle Grundschulen
	Horizonte gGmbH	2	Z024	Koordinierungsstelle der Albert-Gutzmann-Schule (01S06); alle Oberschulen
Pankow	Jugendbund djo-Deutscher Regenbogen e. V.	3	Z023	Grundschule im Moselviertel (03G20), Grundschule am Wasserturm (03G22), Trelleborg-Grundschule (03G41) und Tesla-Gemeinschaftsschule (03K07)
Charlottenburg-Wilmersdorf	LebensWelt gGmbH	1,5	Z019	Mierendorff-Grundschule (04G08) und Gottfried-Keller-Gymnasium (04Y04)
	DASI Berlin gGmbH	1,5	Z020	Katharina-Heinroth-Grundschule (04G20) und Walther-Rathenau-Schule (04Y09)
Spandau	GSJ gGmbH	1	Z027	Schule am Staakener Kleeblatt (ISS; 05K09) und SIBUZ; alle Schulen
Steglitz-Zehlendorf	Mittelhof e.V.	1	Z015	Süd-Grundschule (06G02) und Schadow-Gymnasium (06Y01)
	Stadtteilzentrum Steglitz e. V.	1	Z016	Mercator-Grundschule (06G30) und Giesendorfer-Grundschule (06G22)
Neukölln	Südstadt e. V.	2	Z025	Anbindung an das SIBUZ; alle Schulen
Tempelhof-Schöneberg	JaKuS gGmbH	2	Z030	alle Schulen

Treptow-Köpenick	CJD Berlin e. V.	1	Z026	Heide-Grundschule (09G09), Grundschule am Pegasussee (09G11), Grundschule am Mohnweg (09G15), Amtsfeld-Grundschule (09G19), Müggelschlösschen-Grundschule (09G25), Anne-Frank-Gymnasium (09Y04), Alexander-von-Humboldt-Gymnasium (09Y05) und Emmy-Noether-Gymnasium (09Y11)
Marzahn-Hellersdorf	JAO gGmbH	1	Z021	Peter-Pan-Grundschule (10G10), Kolibri-Grundschule (10G22) und Wilhelm-von-Siemens-Gymnasium (10Y03) (Feldphase), alle Lehrkräfte im Bezirk
Lichtenberg	JULI gGmbH	1	Z018	Bernhard-Grzimek-Schule (11G11), 31. Grundschule (11G31) und Alexander-Puschkin-Schule (11K01)
Reinickendorf	Horizonte gGmbH	1,5	Z028	alle Oberschulen (derzeit 9)
	Aufwind e.V.	2,5	Z029	alle Grundschulen (derzeit 17)
Berufliche Schulen	Arbeit und Bildung e. V.	2	Z022	OSZ Technische Informatik und Energiemanagement (05B01), OSZ LOTIS (07B03), OSZ Wirtschaft und Sozialversicherung (09B03) und Max-Taut-Schule (11B02)

Alle Stellen konnten innerhalb kürzester Zeit durch die Jugendhilfeträger mit geeigneten Fachkräften besetzt werden. Das Personal bringt neben einer (überwiegend) sozialpädagogischen Qualifikation auch Erfahrungen und Kenntnisse in der Arbeit mit der Zielgruppe Geflüchteter mit oder verfügt auf Grund eines Migrationshintergrunds über spezielle Sprachkenntnisse und/oder interkulturelle Kompetenzen. Laut Aussage der Träger verfügen die Mitarbeiter/innen auf diesen Stellen über Englisch- und Französisch-Kenntnisse, einige Fachkräfte sprechen darüber hinaus albanisch, arabisch, kroatisch, rumänisch, russisch, serbisch oder türkisch. Eigene Fluchterfahrungen bilden eher die Ausnahme.

4.4 Umsetzung und Ergebnisse

Entsprechend der Vorgaben der Senatsverwaltung und unabhängig vom Aufgabenzuschnitt innerhalb des Bezirks wurden für diese Projekte folgende Aufgaben und Strukturen benannt.

- die Angebote werden speziell für eine (wenn auch sehr heterogene) Zielgruppe entwickelt
- der Einsatz der Fachkräfte erfolgt mobil und diese sind Ansprechpartner/innen für mehrere Schulen
- das Ankommen der Geflüchteten in der Schule aber vor allem auch in der neuen Gesellschaft soll unterstützt werden
- die bedarfsorientierte Vermittlung in weiterführende Hilfen für diese Zielgruppe (und ihre Eltern) erfordert neue Kooperationen
- die notwendigen (neuen) Netzwerke müssen bezirks- oder aber berlinweit auf- und ausgebaut werden

In Auswertung der vorliegenden Sachberichte für das Jahr 2015 lassen sich eine Fülle an Ergebnissen bei der Umsetzung dieser Projekte erkennen. Bei der folgenden Darstellung, die den jeweiligen Zielgruppen der Angebote zugeordnet sind, handelt es sich somit um eine Gesamtchau aller Projekte der Sofortmaßnahme.

Zunächst wurden in allen Bezirken die Bedarfe ermittelt, was je nach Einsatz der einzelnen Stelle durch Gespräche mit Schulleitungen und Lehrern/innen, durch Hospitationen in den Willkommensklassen oder Sekretariaten erfolgte oder in Abstimmung mit bezirklichen Akteuren und pädagogischen Einrichtungen gemeinsam erarbeitet wurde. Zu den regelmäßigen Angeboten für die geflüchteten Schülerinnen und Schüler gehörten:

- Sozialpädagogische Beratung (Bedarfsermittlung, Gespräche, Austausch mit Lehrkräften und Eltern, Unterrichtsbegleitung, Vermittlung in weiterführende Hilfen)
- Sozialpädagogische Gruppenangebote (Soziales Lernen, Klassenrat-Modell, Entspannungs- und Diversity-Training, berufliche Orientierung, journalistischer Workshop zur Biographiearbeit)
- Begleitung und Vermittlung in Freizeitangebote außerhalb von Schule (Jugendfreizeiteinrichtungen, Theater, Kino, Sportvereine)
- Organisation von Projekten, AGs und Exkursionen (Musik, Tanz, Kunst, Kochen, Sport, Museen)
- Gewinnung und Einsatz Ehrenamtlicher (Lesepatenschaften, Unterrichtsbegleitung, Nachhilfe, Hausaufgabenhilfe)

In den meisten Fällen waren Schwierigkeiten mit der aktuellen Lebens- und Wohnsituation und den damit verbundenen unsicheren individuellen Anschlussperspektiven (u. a. der Übergang in Regelklassen) Thema der Beratungen. Hinzu kamen Konflikte mit Gleichaltrigen inner- und außerhalb der Schule, Probleme mit den Eltern sowie eine starke Belastung verursacht durch die Erfahrungen der Flucht (Traumata u. ä.).

Am Ort Schule ergeben sich insbesondere für die älteren Schüler/innen Unklarheiten hinsichtlich der Fortsetzung ihrer Schulbiografien. Die Sozialpädagogen/innen versuchen, gemeinsam mit dem Kollegium, diese Herausforderungen und Unsicherheiten frühzeitig aufzufangen und somit auch Schuldistanz zu verhindern.

Tatsächlich konnten bereits mehrere sozialpädagogische Gruppenangebote mit Willkommensklassen umgesetzt werden. Dazu gehörten u. a. das Soziale Lernen zur Konfliktbewältigung oder Verbalisierung von Gefühlen, das Klassenrat-Modell, Entspannungs- und Diversity-Trainings und Angebote zur beruflichen Orientierung. In einem Projekt begann ein journalistischer Workshop zur Biographiearbeit, in dem die Schüler/innen ihre Fluchtgeschichte aufarbeiten konnten.

Um die Kinder und Jugendlichen auch in ihrem Ankommen im Bezirk und der unmittelbaren Umgebung zu begleiten, vermittelten viele Fachkräfte die Schüler/innen der Willkommensklassen in Freizeitangebote außerhalb von Schule.

Außerdem fanden bereits Projekte, AGs und Exkursionen (Musik, Tanz, Kunst, Kochen, Sport, Museen) statt, die auch gemeinsam mit den Schülern/innen der Regelklassen gestaltet wurden. Aufgrund des ehrenamtlichen Engagements von Eltern aus Regelklassen und anderen Freiwilligen konnten ebenfalls einige Angebote, wie Lesepatenschaften, Unterrichtsbegleitung, Nachhilfe oder Hausaufgabenhilfe umgesetzt werden.

Deutlich wurde, dass es sich dabei um klassische Angebote und Methoden der Jugendsozialarbeit an Schulen handelte – unter Berücksichtigung der zielgruppenspezifischen Besonderheiten. Wichtig war es den Fachkräften, über die Beratungsangebote hinaus, außerschulische Lernorte für die Kinder und Jugendlichen zu erschließen, Peer-Erfahrungen zu ermöglichen und Unterstützungsnetzwerke für die Geflüchteten aufzubauen, bspw. durch die Einbindung Ehrenamtlicher.

Um die Schüler/innen in ihrem Ankommen unterstützen zu können, war es unerlässlich, dass auch ihre Familien bzw. Bezugspersonen aktiv in den Blick genommen und ebenfalls begleitet wurden. Dazu gehörte die individuelle Beratung der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten (Bedarfserfassung, Begleitung und Vermittlung in weiterführende Hilfen und Angebote) genauso wie die Organisation von Informationsveranstaltungen, in denen die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten mit dem Schulsystem und weiteren Themen (Gesundheitsvorsorge, Körperpflege, Gleichberechtigung oder auch Religionsfreiheit) vertraut gemacht wurden. Informationsveranstaltungen in den Unterkünften wurden von einer Vielzahl der Projekte als sinnvoll erachtet, waren aber aufgrund der knappen zeitlichen wie personellen Ressourcen kaum realisierbar.

Hinzu kamen regelmäßige Sprechstunden, die sowohl den Schülern/innen und ihren Eltern als auch weiteren Personen offenstanden (z. B. Lehrer/innen der Willkommensklassen, Erzieher/innen, Eltern aus Regelklassen, JSA aus Unterkünften/Schulstationen etc.).

Folgende Angebote der Jugendsozialarbeit richteten sich dabei gezielt an die Schulen und Willkommensklassen:

- Beratung der Lehrer/innen der Willkommensklassen (telefonisch, vor Ort, via Skype)
- Angebot einer Sprechstunde „Willkommenskinder“ an der Schule
- Informationsvermittlung (durch Veranstaltungen, E-Mail-Verteiler, Materialien, Kontakte, Netzwerkkarten)
- Begleitung im Schulalltag und Unterricht
- Vermittlung zwischen Schule, Eltern und Unterkunft

Beratungsbedarf wurde von den Lehrkräften insbesondere zum Umgang mit heterogenen Gruppen, zur Einzelfallanamnese, zur Gruppendynamik oder zur interkulturellen Sensibilisierung formuliert. Auch der Wunsch nach kollegialer Fallberatung wurde deutlich. Die Sozialpädagogen/innen berieten und informierten hier gleichermaßen.

Nicht nur am Ort Schule fand ein Austausch zwischen den Professionen statt, auch auf Bezirksebene haben sich erste runde Tische zusammengefunden, in denen Akteure aus Schulaufsicht, Jugendamt, Schulamt und weiteren Fachdiensten zusammenkamen. Auf diese Weise konnten Sozialpädagogen/innen Kooperationen schließen und Verfahrensabläufe bzw. Zuständigkeiten abstimmen. Zu diesen sog. Unterstützungsstrukturen, die für die Umsetzung der Angebote notwendig waren, gehörten ferner:

- Bedarfserhebungen
 - Hospitationen im Unterricht, in den Pausen oder im Sekretariat
 - Befragungen der Lehrkräfte, Schulleitungen, Erzieher/innen
 - Vorstellung und Erhebung im Rahmen von Dienstberatungen, Teamrunden, bezirklichen Treffen aller Willkommensklassen-Lehrer/innen
- Kooperationen am Ort Schule
 - Regelmäßiger Austausch mit den Lehrkräften, den Schulleitungen (und anderen)
- Netzwerkarbeit
 - Kooperationen mit Akteuren aus dem Bereich Flucht
 - Kooperationen mit Akteuren der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe, mit Akteuren aus den Bereichen Schule, Gesundheit, Soziales
 - Kooperationen mit anderen Akteuren aus dem Bezirk, dem Sozialraum, dem Quartier mit denen es fallbezogene oder thematische Berührungspunkte gibt

Auch wenn die Bekanntgabe der Sofortmaßnahme mitten in die Sommerferien fiel, gelang es den Trägern in enger Abstimmung mit den Bezirken und Schulen eine Fülle an Angeboten zu etablieren, die das Ankommen dieser Schüler/innen (und ggf. ihrer Familien) unterstützte.

4.5 Erfahrungen und Herausforderungen

Zur erfolgreichen Arbeit der Sozialpädagogen/innen im Rahmen der Sofortmaßnahme trug vor allem bei, dass die Entscheidungen zu deren Einsatz bedarfsorientiert in den Bezirken getroffen werden. Schulaufsicht und Jugendamt haben gemeinsam über die Anbindung der Stelle(n) entschieden. Denn die Dynamik der Zuwanderung erfordert eine hohe Flexibilität, Möglichkeiten der unkomplizierten Nachsteuerung mussten somit erhalten bleiben. Die Fachkräfte sind mehrheitlich nicht an einem Schulstandort tätig, sondern übergreifend im Bezirk im Einsatz.

Um diesen neuen und mobilen Auftrag erfüllen zu können, wurden die Stellen auf bezirklicher Ebene eng begleitet. Steuerungsrunden wurden initiiert, in denen Mitarbeiter/innen der Schulaufsicht, des Jugendamtes und des Trägers regelmäßig in den Austausch traten. Zudem wurde im Bezirk Mitte die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft „minderjährige Flüchtlinge und ihre Familien“ (nach § 78 SGB VIII) beschlossen.

Die Angebote der Jugendsozialarbeit wurden sowohl mit den beteiligten Schulen, als auch gemeinsam mit dem Jugendamt sowie der Schulaufsicht und dem Schulamt entwickelt und beraten, um passgenaue Angebote zu entwickeln und vorhandene Ressourcen zu bündeln.

Das klassische Tandem-Modell erfuhr dabei auch eine Erweiterung. Zum einen, weil in der Regel mehr als eine Schule Kooperationspartner ist und zum anderen, weil Experten/innen und Netzwerkpartner/innen aus neuen Bereichen gewonnen und gebunden werden mussten.

Dem Anspruch sowohl direkte Angebote für die geflüchteten Kinder und Jugendlichen zu offerieren als auch koordinativ und vermittelnd im Bezirk tätig zu werden, begegneten die Träger oft mit dem Einsatz von Teams. In der Regel wurden die Stellen gesplittet, so dass Teams die Projekte umsetzen. Dies ermöglicht die Kombination von sozialpädagogischer Fachkompetenz, muttersprachlichen oder interkulturellen Kompetenzen und Erfahrungen in der Arbeit mit Geflüchteten.

Nach den ersten fünf Monaten der Umsetzung konnten bereits einige Herausforderungen der Jugendsozialarbeit im Rahmen der Jugendsozialarbeit mit dieser besonderen Zielgruppe identifiziert werden.

Inhaltlich stellte sich die Frage, wie Angebote z. B. zum Sozialen Lernen umgesetzt werden können, wenn die Schüler/innen keine gemeinsame Sprache sprechen. Auch in der sozialpädagogischen Beratung stellen die Sprachbarrieren und ein Mangel an Dolmetschern/innen bzw. Sprachmittlern/innen eine große Herausforderung dar.

Für die Etablierung dieser neuen Stellen in Schule und Bezirk war es unerlässlich, dass verbindliche Absprachen getroffen, feste Ansprechpartner/innen gefunden und klare Zuständigkeiten beschrieben wurden. Dazu waren bezirkliche und innerschulische „Steuerungsrunden“ genauso nötig, wie ein eigener Raum und geregelte Präsenzzeiten. Diese Strukturen mussten erst entwickelt werden und erforderten die Offenheit und die Bereitschaft der Mitwirkung der beteiligten Akteure in Bezirk und Schule.

Zusammenfassend handelte es sich bei den Unterstützungsangeboten für geflüchtete Kinder und Jugendliche um eine besondere Form der „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“. Der Einsatz dieser Fachkräfte erfolgte mobil, d. h. sie sind in der Regel Ansprechpartner/innen für die geflüchteten Schüler/innen an mehreren Schulen im Bezirk. Das Programm erfuhr damit eine Weiterentwicklung, um die Integration Geflüchteter flexibel zu unterstützen und aktuellen Bedarfen zu entsprechen. Diese Umsetzung erforderte von den Fachkräften (und ihren Trägern) in besonderer Weise eine Klärung von Zuständigkeiten (Schule/Jugend/Soziales/Gesundheit) und damit verbunden eine Präzisierung der eigenen Rolle nicht nur mit Blick auf die Ressourcen, sondern vor allem auch im Sinne eines professionellen Verständnisses von Jugendsozialarbeit.